



Beschlüsse



**29. Bundeskongress
der NaturFreunde Deutschlands
4. - 6. April 2014
Arnstadt**




Liebe NaturFreundinnen und NaturFreunde,

was sind die Herausforderungen unserer Zeit? Wie werden wir ihnen gerecht? Was verstehen wir NaturFreunde unter Transformation und wie können wir sie sozial und ökologisch mitgestalten? Was verbinden wir heute mit dem großen, gemeinsamen Ziel der Nachhaltigkeit? Wie sieht der spezifische Beitrag der NaturFreunde aus und was können wir tun, um den Verband zu öffnen und weiterzuentwickeln? Welche Grundsätze prägen unser Selbstverständnis im Natursport?

Fragen, auf die unser Bundeskongress vom 4.-6. April 2014 in Arnstadt Antworten gegeben und zu denen er Beschlüsse gefasst hat. Wir haben unser Verständnis zu wichtigen Fragen geklärt und können zu Recht sagen: Wir haben soziale und historische Zusammenhänge aufgezeigt und sind programmatisch auf der Höhe der Zeit.

Mit allen wollen wir nun zusammen daran arbeiten, möglichst vieles davon umzusetzen und vor allen Dingen vor Ort wirksam werden zu lassen.

Auf gutes Gelingen und Berg frei!



Michael Müller
Bundesvorsitzender



Hans-Gerd Marian
Bundesgeschäftsführer

Übersicht

1. Themenbereich: Solidarische Transformation

| | | |
|---|-------|----|
| Positionspapier: Für eine sozialökologische Transformation | Seite | 5 |
| Das Anthropozän - zerstören oder gestalten | Seite | 8 |
| Resolution: Für eine sozial gerechte Gesellschaft | Seite | 11 |
| Resolution: Sofortige Beendigung der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das Freihandelsabkommen TTIP und Aufnahme von Verhandlungen über eine transatlantische Partnerschaft für die sozialökologische Transformation | Seite | 12 |

2. Themenbereich: Energie, Verkehr, Klimawandel

| | | |
|--|-------|----|
| Resolution: Energiewende - aber richtig | Seite | 15 |
| Gleichstromtrasse Süd-Ost | Seite | 16 |
| Forderungen an die Umweltpolitik der Europäischen Union | Seite | 17 |
| Positionspapier: Der Umbau des Energiesystems - für eine echte Energiewende | Seite | 18 |
| Positionspapier: Für eine soziale und ökologische Verkehrswende - am Ende des Ölzeitalters | Seite | 21 |
| Neues Konzept für die EEG-Umlage | Seite | 22 |
| Windkraft dezentral ausbauen | Seite | 22 |
| NaturFreunde gegen Flughafenausbau | Seite | 23 |
| Lärm macht krank | Seite | 24 |
| Fahrradfreundliche Bahnen | Seite | 25 |

3. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

| | | |
|---|-------|----|
| Frackingverbot | Seite | 26 |
| Agrosprit - eine gefährliche Sackgasse. NaturFreunde für Verbot von Agrotreibstoffen. NaturFreunde fordern den Boykott von E10. | Seite | 26 |
| Respekt vor der Natur - eine faire Chance für den Wolf | Seite | 26 |
| Biologische Vielfalt als Aktionsfeld für Ortsgruppen | Seite | 27 |
| Schutz der Alpen | Seite | 27 |
| Keine weitere Versalzung von Werra und Weser | Seite | 27 |

4. Themenbereich: Friedenspolitik

| | | |
|---|-------|----|
| Resolution: 100 Jahre Erster Weltkrieg - Europas Erbe und Auftrag | Seite | 28 |
| Appell: Keine Kampfdrohnen! | Seite | 29 |
| Atomwaffenfreies Deutschland | Seite | 29 |
| Gesicht zeigen | Seite | 29 |

5. Anträge zur Organisation

A Satzung

| | | |
|-----------------------------|-------|----|
| Satzungsänderung Artikel 14 | Seite | 30 |
|-----------------------------|-------|----|

B Bundesschiedsordnung

| | | |
|-----------------------------------|-------|----|
| Änderung der Bundesschiedsordnung | Seite | 31 |
|-----------------------------------|-------|----|

C Verbandsentwicklung

| | | |
|--|-------|----|
| Orientierungsrahmen Verbandsentwicklung | Seite | 34 |
| Zur Zukunft der NaturFreunde - Tradition und neue Perspektiven | | |

| | | |
|---|-------|----|
| Natursport zum Markenzeichen der NaturFreunde auf allen Ebenen entwickeln | Seite | 42 |
|---|-------|----|

D Beiträge

| | | |
|--------------------------|-------|----|
| Festsetzung der Beiträge | Seite | 44 |
|--------------------------|-------|----|

| | | |
|--|-------|----|
| Heraufsetzung der Altersgrenze für Studierende und Auszubildende | Seite | 44 |
|--|-------|----|

E Weitere Anträge

| | | |
|------------|-------|----|
| Gender Gap | Seite | 45 |
|------------|-------|----|

Zusammensetzung des Bundesvorstandes

| | |
|-------|----|
| Seite | 46 |
|-------|----|

1. Themenbereich: Solidarische Transformation

Positionspapier: Für eine sozialökologische Transformation

Die NaturFreunde haben die Debatte für eine sozialökologische Transformation angestoßen. Mit diesem Positionspapier beschreiben wir, um was es uns geht:

- den Umbruch in unserem Land und in der EU sowie die globalen Veränderungen und Herausforderungen;
- die Verwirklichung von mehr Demokratie und von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit;
- die Bekämpfung der Ökonomie der Kurzfristigkeit und die Konkretisierung der Leitidee der Nachhaltigkeit für eine solidarische Wirtschaftsordnung;
- die sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeit der Globalisierung der Märkte, Digitalisierung der Welt und der ökologischen Grenzen des Wachstums.

Es geht darum, wie wir heute und morgen in Wohlstand und Sicherheit leben können, nachdem das „alte Modell“, der keynesianische Wohlfahrtsstaat, an Grenzen geraten ist. Politisch sein heißt, die Zusammenhänge verstehen und nicht nur das scheinbar Machbare zu verfolgen, sondern zuerst das Notwendige zu sehen, um es machbar zu machen. Allein die Rückkehr zu einer utopischen Denkweise schafft schon mehr Klarheit: Die Schaffung sozialer und ökologischer Voraussetzungen menschlicher Solidarität.

Das erfordert:

- die Überwindung der Wachstumsabhängigkeit. Politische Gestaltung kann nicht durch die Hoffnung auf Wachstum ersetzt werden;
- mehr Demokratie in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft;
- die Regulierung des Finanzsektors, damit Geld dient und nicht herrscht;
- eine Ökonomie des Vermeidens sozialer und ökologischer Folgeschäden des wirtschaftlich-technischen Wachstums;
- eine Kultur des Bewahrens;

- die Festlegung eines Indikatorensystems, das wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungen als Einheit sieht und das BIP ablöst;
- eine absolute Entkoppelung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum durch ökonomische Rahmensetzungen, technische Innovationen und kulturelle Aufklärung;
- ein Programm „Arbeit und Umwelt“, das die natürliche Mitwelt saniert, gute Arbeit schafft und durch eine Zukunftsanleihe in Deutschland wie der EU finanziert wird;
- ein postfossiles Zeitalter, das nicht länger die knappen Rohstoffe ausbeutet und die natürlichen Senken überlastet. Dazu gehören nicht nur der konsequente Umbau in die Solarwirtschaft, sondern auch eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen und eine Kreislaufwirtschaft;
- eine wirkliche Energiewende durch die Zusammenführung von Erneuerbaren Energien, einer Effizienzsteigerung und gezieltem Einsparen in einem möglichst dezentralen System verbrauchsnahe Dienstleistungen;
- bis Mitte des Jahrhunderts eine Reduktion der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen um 90 Prozent. Im Strombereich muss eine solare 2.000-Watt-Gesellschaft verwirklicht werden;
- eine solidarische Neuordnung der Mobilität, die vor allem die öffentlichen Angebote verbessert und nichtmotorisierte Formen stärker fördert;
- die Senkung der Rüstungsausgaben für den Aufbau eines weltweiten Systems „grüner Sicherheit“;
- eine Europäische Union, die nicht nur Banken rettet, sondern die Leitidee der Nachhaltigkeit verwirklicht;
- eine Reform der Organisationen der Vereinten Nationen, um in der globalisierten Welt starke internationale Organisationen für eine nachhaltige Entwicklung zu haben.

Im Einzelnen beschreiben wir unsere Position in folgenden acht Thesen:

I. Die NaturFreunde kritisieren, dass die wichtigen Zukunftsfragen in Politik und Öffentlichkeit kaum debattiert werden.

Wir erleben einen tiefgreifenden Umbruch, der die uns vertraute Welt radikal verändert. Erneut findet eine große Transformation statt, die entweder politisch gestaltet wird oder in den Niedergang führt. Diese Beschreibung knüpft an die Analyse von Karl Polanyi an, wonach die „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen in soziale - und auch ökologische - Krisen führt und die Demokratie gefährdet. Die Marktgesellschaft ist ein Angriff auf ein menschenwürdiges Leben und den Frieden. Sie entwürdigt Menschen, zerstört soziale Zusammenhänge und vernichtet natürliche Lebensgrundlagen.

Unsere Gesellschaft ist in einer Suchbewegung. Sie will erkennen, was unter der Oberfläche vor sich geht, um die Lage richtig zu deuten. Das entscheidet darüber, ob wir auf die gewaltigen Bedrohungen nur reagieren oder ob wir den Umbruch sozial und ökologisch gestalten. Aber diese Debatte wird kaum geführt, im letzten Bundestagswahlkampf gab es keine Reformvisionen.

II. Die NaturFreunde fordern eine breite Debatte über die Grenzen des Wachstums, um der Entwicklung der Gesellschaft jenseits tagespolitischer Hektik Richtung und Ziel zu geben.

Bloßes Fortschreiten ergibt keine Zukunft mehr. Immer mehr Menschen wissen, spüren zumindest, dass viele Antworten nicht mehr stimmen - nicht nur wegen der Globalisierung der Märkte, der Digitalisierung der Welt und der einseitigen Konzentration von Macht, sondern auch weil wir die Grenzen des Wachstums erreichen. Wachstum wurde nämlich in den vergangenen Jahrzehnten mit Politik gleichgesetzt. Ökologische Grenzen sind bereits erreicht, ökonomische werden sichtbar. Und damit geraten auch die bisherigen Sozialsysteme an ihre Grenzen.

Eine Epoche geht zu Ende, die Europa und auch die Entwicklung der Welt geprägt hat. Wachstum war in den letzten zwei Jahrhunderten die Grundlage für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand, für Sicher-

heit und Zusammenhalt. Statt Prozesse zu gestalten und wirtschaftliche Macht zu begrenzen, wurde Wachstum gefördert, um den Verteilungsspielraum zu erweitern. Das hat aber keine Zukunft mehr.

III. Die NaturFreunde sehen in der Fixierung auf Wachstum die Ursache für die Gestaltungsschwäche der Politik.

Die Herausforderungen bauen sich seit mehr als 40 Jahren auf. Seit dieser Zeit wird der (nationale) Sozialstaat demontiert. Am Anfang standen nicht nur die Berichte der Prager Akademie der Wissenschaften und des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums. Der wichtigste Wendepunkt des Nachkriegskapitalismus war die Aufkündigung der Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods im August 1971 durch den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon. Sie öffnete die Tür für den Finanzkapitalismus. Er begann mit wirtschaftlichen Krisen vor allem in Großbritannien und den USA und der Explosion der Ölpreise. Hinzu kamen die ökologischen Bedrohungen wie die Luft- und Wasserverschmutzung.

Selbst seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro, auf dem ein globaler Umbau und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit gefordert wurden, sind mehr als 20 Jahre vergangen, ohne dass es zu einer sozialökologischen Transformation gekommen ist. Viel Zeit wurde verloren, weil die Tragweite des Einschnitts bis heute nicht erkannt ist. Bis heute wird die Förderung von Wachstum mit Politik verwechselt, der Weg wurde zum Ziel.

IV. Die NaturFreunde wollen ökologisch verträgliche und sozial gerechte Wege in die Zukunft aufzeigen und ein solidarisches Wirtschaftsmodell durchsetzen.

Es ist Zeit für eine grundlegende Neuorientierung, die den Wachstumszwang nicht als alternativlos hinstellt. Bewertungen und Entscheidungen dürfen nicht länger von technokratischen Spezialisten zerlegt werden oder sich in der Kurzfristigkeit des Augenblicks verlieren. Es geht nicht nur um das jeweilige Ereignis, sondern um die Zusammenhänge und ihre Einordnung in die Geschichte.

Andernfalls wächst das Unbehagen am System der Markt- und Geldwirtschaft, ohne wirkliche Alterna-

tiven zu kennen. Populistische und nationalistische Strömungen bekommen Auftrieb, die Demokratie wird geschwächt. Der Mangel an Erfahrung im Umgang mit wachstumslosen Perioden macht es schwer, eine Alternative zu finden. Umso wichtiger ist es, die kritische Theorie, die der öffentlichen Debatte Orientierung geben soll, neu zu beleben und die Leitidee der Nachhaltigkeit, die einen neuen Fortschritt beschreibt, zu konkretisieren. Wir sind davon überzeugt, dass eine gute Zukunft nur möglich wird, wenn soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit untrennbar miteinander verbunden werden.

V. Die NaturFreunde wollen die Zivilgesellschaft und die Demokratie stärken.

Zu lange haben sich Banken, Rating-Agenturen oder das Finanzkapital als „Herren der Welt“ aufgespielt. Die Demokratie darf nicht länger entmündigt werden. Auch deshalb streben wir eine breite Allianz für eine soziale und ökologische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft an. Alle Partner, die unsere Einschätzung und Ziele teilen, sind bei diesem Vorhaben willkommen.

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Das ist heute das Wichtigste, was unsere Zeit braucht, um Alternativen möglich zu machen. Entscheidend für eine gute Zukunft ist, der öffentlichen Wohlfahrt absoluten Vorrang vor individuellem Reichtum zu geben.

VI. Die NaturFreunde fordern die Leitidee der Nachhaltigkeit zur Grundlage für eine sozialökologische Transformation zu machen.

Die erste große Transformation führte im letzten Jahrhundert der Extreme zu den großen Erschütterungen mit der Weltwirtschaftskrise, zwei Weltkriegen und der systematischen Ermordung der europäischen Juden. Die Antwort war der Wohlfahrtsstaat, der einem Teil der Welt Wohlstand, Stabilität und Sicherheit brachte. In der Bundesrepublik war das die soziale Marktwirtschaft, ermöglicht durch einen handlungsfähigen Nationalstaat, einen sozialen Korporatismus und hohes wirtschaftliches Wachstum.

Heute geht es erneut um eine Transformation, um die große Errungenschaft der europäischen Moderne, die Idee der Emanzipation, die mit der französi-

schen Revolution epochal wurde, zu bewahren. Sie muss sich aus der Geiselhaft des Wachstums befreien und auch global mehr Gerechtigkeit und Menschenwürde verwirklichen. Das ermöglicht die Leitidee der Nachhaltigkeit, die wirtschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbindet.

VII. Für die NaturFreunde ist eine sozialökologische Transformation auch die Chance für ein starkes und einheitliches Europa.

Unser Ziel ist eine große Gemeinschaftsanstrengung für eine nachhaltige Entwicklung, die auch der Idee des gemeinsamen Europas eine gute Zukunft gibt. Wir fühlen uns dieser Aufgabe auch deshalb verpflichtet, weil die Grenzen des Wachstums mit der Neuordnung der Welt zusammenfallen. Europa muss sich neu behaupten.

Wir wollen das europäische Erbe bewahren, aber die Naturvergessenheit überwinden, den Wachstumszwang beenden und die Ökonomie sozial und ökologisch einbinden. In erster Linie müssen dafür die Finanzmärkte reguliert und die Wirtschaft demokratisiert werden.

VIII. Die NaturFreunde wollen eine Welt mitgestalten, die weder Elend noch Übermaß kennt.

Wir leben in einer Zeit, die einzigartige technische, wirtschaftliche und kulturelle Möglichkeiten bietet. Dafür muss die Leitidee der Nachhaltigkeit so konkretisiert werden, dass sie nicht länger beliebig interpretiert wird. Wir wollen eine verbürgte Nachhaltigkeit.

Ein tiefgehender Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung ist unausweichlich. Es geht nur vordergründig um die Frage „Wachstum ja oder nein?“. Die Energie- und Rohstoffeffizienz und erneuerbare Energien müssen wachsen, soziale Ungleichheit und Naturzerstörung schnell schrumpfen. Eine neue Kultur der Demokratie und Verantwortung, aber auch der Mäßigung und Gerechtigkeit wird darüber entscheiden, ob wir zu einer Weltinnenpolitik kommen. Dafür wollen wir einen Beitrag leisten und die Debatte mit Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, Politik und Kirchen fortsetzen.



Das Anthropozän - zerstören oder gestalten

Die NaturFreunde beschließen, die folgende Beschreibung und Einordnung des Anthropozäns, also der begonnenen Epoche des Menschenzeitalters, die unsere weitere Zukunft prägen wird, für ihre Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Damit ordnen wir die ökologischen Herausforderungen in einen gesellschaftlichen Zusammenhang ein, der auch unsere Forderung einer sozial-ökologischen Transformation begründet.

Der Mensch rodet Wälder, übernutzt die Böden, zerstört die Biodiversität, baut Straßen und Megacities, macht sich die Erde untertan. Die Menschheit ist zum stärksten Treiber geo-ökologischer Prozesse geworden, selbst zu einer Art von Naturgewalt. Ein Wendepunkt in der Erdgeschichte ist erreicht.

Seit der Industriellen Revolution untergräbt die Menschheit die Fähigkeit des Erdsystems, sich selbst zu stabilisieren. Von daher geht es heute nicht nur um die soziale Frage, sondern gleichberechtigt auch um die ökologische Gerechtigkeit.

| Das Anthropozän | | | |
|---|------------------------------|---|---|
| Veränderungen in Öko-Systemen durch menschliche Aktivitäten im 20. Jahrhundert | | | |
| | Zunahme um den Faktor | | Abnahme in Prozent |
| Weltbevölkerung insgesamt | 4 | / | Waldareal der Erde 20 |
| Urbane Weltbevölkerung | 13 | / | Blauwalpopulation 99,75 |
| Weltwirtschaft | 14 | / | Finnwalpopulation 97 |
| Industrielle Produktion | 40 | / | |
| Energienutzung | 16 | / | Laut Internationaler Roter Liste (2010): über 18.000 Arten akut vom Aussterben bedroht |
| Kohleabbau | 7 | / | Darunter: |
| CO ₂ -Emissionen | 17 | / | Amphibien 31 |
| SO ₂ -Emissionen | 13 | / | Fische 25 |
| Wasserverbrauch | 9 | / | Vögel 12 |
| Mariner Fischfang | 35 | / | |
| Rinderhaltung | 4 | / | Abgestorben sind bereits |
| Schweinehaltung | 9 | / | karibische Korallenriffe 80 |
| Bewässerungsareale | 5 | / | Mangrovenwälder 35 |
| Ackerland | 2 | | |

Die Tropen- und viele boreale Wälder verschwinden, das Aussterben der Arten beschleunigt sich. Über die Hälfte des verfügbaren Süßwassers wird von Menschen genutzt. Viele Fischarten sind ausgestorben oder kämpfen um ihr Überleben. Die Stickstoffentnahme aus der Atmosphäre hat sich gegenüber der vorindustriellen Zeit um 347 Prozent erhöht. Weltweit beschleunigt sich der Verlust an

Ökosystemleistungen und biologischer Vielfalt. Wasserknappheit bedroht ein Drittel der Menschheit. Durch Bodenerosion geht fruchtbarer Boden verloren.

Die stärksten Verschlechterungen sind jüngeren Datums: Ob in der Chemie und Dynamik der Atmosphäre, im Wasserkreislauf, bei der Qualität der

Böden oder der Biodiversität: In keinem dieser Bereiche wurde zu Beginn des letzten Jahrhunderts auch nur ein Drittel der Schäden registriert, die heute in einer Gesamtbetrachtung der letzten 500 Jahre festzustellen sind. Tatsächlich baut das menschliche Leben immer stärker auf anthropogenen Beständen auf. Die Menschheit ist in ein Zeitalter eingetreten, für das in den letzten Millionen Jahren keine Entsprechung zu finden ist. Doch die naturbestimmte, zumindest naturabhängige Lebens-

und Wirtschaftsweise der Menschen wird bald ein Ende finden, denn die Natur schlägt zurück.

Ökologische Belastungsgrenzen der Erde (*Planetary Boundaries*), die für das Überleben der Menschheit essentiell sind, werden überschritten. In drei Bereichen ist das bereits der Fall. Der Konsum- und Wirtschaftsstil der Industriestaaten, die nachholende Industrialisierung der Schwellenländer und das anhaltende Bevölkerungswachstum sind nicht vereinbar mit der Endlichkeit der Erde.

| Dimension | Messgröße | Belastungsgrenze überschritten |
|-----------------------------|--|---------------------------------------|
| Klimawandel | CO ₂ -Konzentration in der Troposphäre oder Strahlungsantrieb (W/m ²) | ja |
| Biodiversität | Aussterberate | ja |
| Bio-geo-chemische | Stickstoff, entnommen der Atmosphäre | ja |
| Kreisläufe | Phosphoreintrag in die Ozeane | nein |
| Übersäuerung Ozeane | Mittlere globale Aragonit-Sättigung im Oberflächenwasser (Omega-Einheiten) | nein |
| Süßwasserverbrauch | globaler Wasserverbrauch | nein |
| Landnutzung | Landfläche umgewandelt in Ackerland | nein |
| Ozonabbau | Stratosphärische Ozonkonzentration (Dobson-Einheiten) | Verbesserung |
| Aerosole | | noch nicht quantifiziert |
| Chemikalienbelastung | | noch nicht quantifiziert |

Die expansive Nutzung der Natur hat den reichen Nationen enormen Wohlstand gebracht, der aber die Tragfähigkeit der Erde übersteigt. Das belegt der Ecological Footprint - ökologische Fußabdruck. Diese Berechnungsgröße wurde 1994 entwickelt.

Der Fußabdruck erfasst die Fläche, die für den heutigen Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (für Produktion, Konsum, Energie- und Materialaufwand, Mobilität sowie für Emissionen und Müll) gebraucht wird. Er zeigt auf, wie sehr die Erde und ihre biologische Kapazitäten belastet sind - z. B. Flächen, die für die Produktion einer Kleidung oder von Nahrungsmitteln gebraucht werden, auch für die Bereitstellung von Energie und Ressourcen oder zur Entsorgung oder zum Recycling der Reststoffe und zur Bindung von Kohlendioxid. Der globale ökologische Fußabdruck ist demnach 2,7-mal höher als die Erde verkraften kann. Lebten

alle Menschen wie im Wüstenstaat Katar, bräuchten sie sogar fast zwölf Erden.

In dem Trilemma des Wachstums aus Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel hat die Menschheit nur 44 Jahre gebraucht, um die Zahl der Menschen von 1967 auf den heutigen Wert von sieben Milliarden zu verdoppeln. In der gleichen Zeit hat sich der Energieverbrauch verdreifacht und sind die Kohlendioxidemissionen vier Mal stärker angewachsen als die Zahl der Menschen.

Tatsächlich handelt es sich bei den Grenzen des Wachstums um eine multiple Krise, einen Epochenbruch.

Ökologischer Fußabdruck und Biokapazität (Mai 2012)

| Region/ Land | Bevölkerung | Ökologischer Fußabdruck | Biokapazität | Ökologisches Defizit/Reserve |
|-------------------------|-------------|----------------------------|--------------|---------------------------------|
| Welt | 6.800,0 | 2,7 | 1,8 | 0,7 |
| Afrika | 938,4 | 1,4 | 1,5 | 1,1 |
| Mittlerer Osten/ | | | | |
| Zentralasien | 382,6 | 2,5 | 0,9 | 0,4 |
| Asien/Pazifik | 3.725,2 | 1,6 | 0,9 | 0,6 |
| Südamerika | 390,1 | 2,7 | 7,4 | 2,7 |
| Zentralamerika/ | | | | |
| Karibik | 66,8 | 1,7 | 1,0 | 0,6 |
| Nordamerika | 448,9 | 6,2 | 4,1 | 0,7 |
| EU | 495,1 | 4,7 | 2,2 | 0,5 |
| Europa (-EU) | 238,1 | 4,0 | 4,9 | 1,2 |
| Brasilien | 191,5 | 2,9 | 9,6 | 4,7 |
| Kanada | 33,3 | 6,4 | 14,9 | 8,5 |
| USA | 305,0 | 7,2 | 3,9 | 3,3 |
| China | 1.358,8 | 2,1 | 0,9 | 1,3 |
| Indien | 1.190,9 | 0,9 | 0,5 | 0,4 |
| Japan | 126,5 | 4,2 | 0,6 | 3,6 |
| Israel | 7,1 | 4,0 | 0,3 | 3,7 |
| Katar | 1,4 | 11,7 | 2,1 | 9,6 |
| Dänemark | 5,5 | 8,3 | 4,8 | 3,4 |
| Deutschland | 82,5 | 4,6 | 2,0 | 2,6 |
| Frankreich | 62,1 | 4,9 | 3,0 | 1,9 |
| Schweden | 9,2 | 5,7 | 9,5 | 3,8 |
| United Kingdom | 61,5 | 4,7 | 1,3 | 3,4 |

Es geht um folgende ökologische Herausforderungen:

1. Die Naturschranke z. B. durch den Klimawandel,
2. die Ressourcenherausforderung insbesondere durch Peak-Oil und Peak-Water,
3. die wachstumsorientierte Pfadabhängigkeit der alten Industrieländer,
4. die als Beschleunigungseffekt wirkende nachholende Industrialisierung der bevölkerungsreichen Schwellenländer.

Die Dominanz der Natur zerstörenden Produktions- und Konsumweisen kann nur um den Preis der ökologischen Selbstzerstörung verlängert werden, zumal auch technologische Fortschritte durch Rebound-Effekte und das Mengenwachstum aufgezehrt wurden. Wenn es nicht schnell zu einer absoluten Reduktion bei Emissionen, Ressourcen-

nutzung und Überlastung der Öko-Systeme kommt, werden Klimawandel, Landschaftszerstörung, Übernutzung der Ressourcen, Vernichtung der Biodiversität, Übersäuerung der Ozeane oder Peak-Oil in massiven sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konflikten münden. Die kapitalistische Industriegesellschaft findet ihre Grenze im ungelösten Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit. Werden die ökologischen Grenzen beachtet, stellt sich die Verteilungsfrage umso schärfer. Die Verteilungsfragen können immer weniger aus dem wirtschaftlichen Zuwachs beantwortet werden, sondern sind Gestaltungsfragen.

Wir erleben eine Umwälzung, die weitaus dramatischer ist als alle, die ihr vorausgegangen sind. Ohne eine neue politische Rahmensetzung werden

die sozialen und ökologischen Grundlagen der Gesellschaft untergraben. Andernfalls bestimmt der ungelöste Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens immer stärker die politischen und sozialen Auseinandersetzungen.

Im Anthropozän heißt die Alternative gestalten oder zerstören. Die Weichen stehen auf Zerstören. Gestalten wird nur möglich, wenn soziale und ökologische Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden werden. Das ist die Herausforderung des Anthropozäns.



Resolution: Für eine sozial gerechte Gesellschaft

Für Ludwig Erhard war es eine konservative, ja reaktionäre Vorstellung, dass einer kleinen Schicht Wohlhabender eine große Masse sozial schwacher Einkommensgruppen entgegensteht. Das war für ihn nicht vereinbar mit den Zielen der sozialen Marktwirtschaft. Das soziale und demokratische Element unserer Wirtschaftsordnung müsse seine Verwirklichung in Verteilungsgerechtigkeit finden.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, wie sehr sich die neoliberale Politik von den Zielen der sozialen Marktwirtschaft entfernt hat. Dass der soziale Konsens demontiert wurde, zeigt sich auch daran, dass der Vorsitzende des Sachverständigenrates für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage massiv gegen den Mindestlohn polemisiert. In unserem Land haben sich unter dem Dach der Marktideologie Finanzgier und Egoismus breit gemacht.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Ungleichheit zwischen Arm und Reich stark zugenommen. Aus der Gesellschaft mit einem breiten Mittelstand droht eine steil ansteigende Pyramide der Ungleichheit zu werden: Laut statistischem Bundesamt sind 16 Millionen Deutsche arm, zehn Prozent besitzen etwa 50 Prozent des Vermögens, während rund 50 Prozent etwa ein Prozent des Vermögens halten.

„Die reichen Nationen werden nicht reich bleiben, wenn die Armenhäuser der Menschheit wachsen.“ Dieses Zitat von Willy Brandt gilt im Großen wie im Kleinen. Eine reiche Nation wie Deutschland kann die ungerechte Verteilung von Vermögen und damit von Lebenschancen nicht hinnehmen. Deswegen fordern die NaturFreunde eine faire Verteilung von Lebenschancen.

Armutskrisen, Verteilungskrisen, Klimakrisen und Finanzkrisen dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Soziale und ökologische Probleme sind untrennbar miteinander verbunden. Deswegen ist die Energiewende nicht in erster Linie ein ökologisches, sondern ein soziales Projekt. Der Sozialstaat ist darauf ausgerichtet, dass wirtschaftliches Wachstum Jahr für Jahr um 2,5 Prozent nach oben geht. Diese Wachstumsraten erreichen wir schon lange nicht mehr. Und Wirtschaftswachstum wird oft auf Kosten anderer Weltregionen und der Natur erzielt. Dabei kann es mit begrenzten Ressourcen kein endloses Wachstum geben, egal ob wir es soziales, grünes oder qualitatives Wachstum nennen.

Wenn wir aber Wohlstand und Gerechtigkeit nicht mehr über „immer mehr“ sichern können, müssen wir sie anders sichern: Wir müssen umfairteilen. Verantwortungsvolle Politik darf sich nicht länger hinter der Systemfrage verstecken. Wer Gerechtigkeit will, muss Mut haben.

Bei jeder Zukunftsinvestition, die für mehr Gerechtigkeit sorgt, malen Neoliberale und Wirtschaftsvertreter den Staatsbankrott an die Wand. Deutschland hat Schulden: 2 Billionen Euro. Deutschland muss sparen. Zum Beispiel an sinnlosen Ausgaben wie dem Betreuungsgeld oder fragwürdigen Großprojekten wie dem Stuttgarter Bahnhof, Berliner Flughafen oder der Hamburger Elbphilharmonie. Und wir müssen entscheiden, wie unser Geld sinnvoll eingesetzt wird: Ein Land, das nur 3 Milliarden Euro ins Bafög für die Zukunft junger Menschen investiert, aber gleichzeitig jedes Jahr 42 Milliarden umweltschädliche Subventionen zahlt, die unsere Zukunft untergraben, muss umsteuern und umverteilen.

Die Deutschen besitzen ein Privatvermögen von mehr als 10 Milliarden Euro. Das ist so viel wie die Staatsschulden aller 27 EU-Mitglieder zusammen. In Deutschland und Europa sind Geld und Vermögen falsch verteilt:

- Menschen, die ihr Geld in die Schweiz schaffen, sind keine Flüchtlinge, sondern Betrüger.
- Menschen, die ihren Reichtum nur für den eigenen Wohlstand einsetzen, entziehen sich ihrer Verantwortung.
- Dagegen leisten Menschen, die mit ihren Steuern dafür sorgen, dass der Staat das betreibt, wofür er da ist, nämlich für Sicherheit, Dasein und Wohlstand zu sorgen, einen guten Beitrag für das Allgemeinwohl.

Wir müssen aber nicht nur Arbeit, sondern auch Vermögen besteuern. Es ist höchste Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel, weg von einer Wirtschaft, die von den Erwartungen der Wall Street, der Londoner oder Frankfurter Finanzcity diktiert wird. Politik und Steuerzahler wurden von Gelddealern, die sich maßlos bereichern, regelrecht

vorgeführt. Die Gewinne wurden privatisiert und die Verluste werden sozialisiert.

Deshalb:

- Wir brauchen Regeln für die Banken und eine starke Finanztransaktionssteuer.
- Wir müssen klarstellen, dass in Europa nicht die Banken, sondern die Menschen systemrelevant sind.
- Wer für Vermögenssteuern und höhere Spitzensteuersätze plädiert, ist verantwortungsvoll.
- Wer für Mindestlöhne und gegen das Zerschlagen von Vollzeitstellen kämpft, sichert den sozialen Frieden.
- Engagieren sich die NaturFreunde in Bündnissen und Initiativen wie *UMfairTEILEN*.

Wer den Satz des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ nicht nur für eine Leerformel hält, will erreichen, dass Freiheit und Gerechtigkeit zusammengehören. Und zwar untrennbar.



Resolution: Sofortige Beendigung der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das Freihandelsabkommen TTIP und Aufnahme von Verhandlungen über eine transatlantische Partnerschaft für die sozialökologische Transformation

Die NaturFreunde fordern die deutsche Regierung auf alles zu tun, dass die EU-Kommission die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen sofort beendet und stattdessen auf eine transatlantische Partnerschaft für eine sozialökologische Transformation hinarbeitet.

Mit der Begründung, zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und einer höheren Beschäftigung zu kommen, wird derzeit in kleinen, geheimen Zirkeln das *Transatlantische Handels- und Partnerschaftsabkommen* (TTIP) zwischen der EU und den USA verhandelt. Das TTIP ist dabei kein klassisches Abkommen, um die ohnehin schon niedrigen Zölle zwischen der EU und den USA weiter zu senken. Vielmehr geht es darum, Industriestandards, Lebensmittelgesetze und Regierungsaufträge miteinander zu harmonisieren. Mit dem TTIP entsteht ein Wirtschaftsraum, der 50 Prozent der Weltwirtschaft ausmacht.

Folgen des TTIP für Mensch und Umwelt

Mit dem TTIP würden die Hoheitsrechte der beteiligten Staaten massiv beschränkt, sie gerieten noch tiefer in die Geiselhaft der Märkte. Das wäre nach dem Ende der Nachkriegsprosperität vor vier Jahrzehnten die dritte Liberalisierungsdummheit, die die Wirtschaft in eine tiefe Krise führen, die soziale Spaltung vertiefen, die Ökologie an den Rand drängen und die Demokratie schwächen würde.

Der Wendepunkt des Nachkriegskapitalismus, mit dem die Schwächung des Wohlfahrtsstaats begann, war die Aufkündigung des Weltwirtschaftssystems von Bretton Woods 1971 durch US-Präsident Nixon. Damit kam es zum Aufstieg der Geldpolitik und des Finanzkapitalismus, verbunden mit dem Wechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus. Die Politik der Liberalisierung und Deregulierung verschob das Kräfteverhältnis immer mehr

zulasten der Demokratie und zugunsten wirtschaftlicher Macht – bis es 2008 zur globalen Finanzkrise kam. Dennoch wurden kaum Konsequenzen gezogen, die Fixierung auf Wachstum blieb ungebrochen. Zu einer grundlegenden Neuordnung mit Hilfe einer sozialökologischen Transformation kam es nicht.

Die niedrigsten Standards gelten

Mit dem TTIP sollen privilegierte Rechte ausländischer Investoren festgeschrieben werden. Das transnationale Handelsabkommen würde soziale, ökologische und kulturelle Standards außer Kraft setzen, die zu den wichtigsten Schutzschichten der Gesellschaft gehören: Besonders brisant sind die sogenannten Schiedsgerichte, die ohne Einspruchsmöglichkeit entscheiden sollen. Solche gibt es in allen Freihandelsabkommen.

Vor Schiedsgerichten können mit dem TTIP ausländische Investoren Staaten auf Erstattung entgangener Gewinne verklagen, wenn diese höhere Umwelt- und Sozialstandards haben als ihre eigenen Staaten. So könnten künftig amerikanische Unternehmen die Bundesrepublik Deutschland verklagen, weil sie striktere Beschränkungen zur Freisetzung genmanipulierter Organismen haben oder das Fracking einem Moratorium unterliegt. Die Verhandlungen vor den geplanten Schiedsgerichten sind geheim, wie auch die Bundesregierung im Sommer 2013 bestätigte.

Dies ist der zweite Anlauf, die Welt auf die Geschäftspraktiken großer Konzerne auszurichten. Ende der 1990er-Jahre wurde ein ähnliches Vorhaben unter der Federführung der OECD, das *Multilaterale Abkommen über Investitionen*, kurz MAI, im letzten Augenblick auf Druck der französischen Regierung gestoppt.

Geheimverhandlungen ohne die Bürger

Die NaturFreunde beobachten mit großer Sorge, dass die Europäische Union zur Förderung des Wachstums in nichtöffentlichen Verhandlungen mit den USA erneut ein Freihandelsabkommen anstrebt, das so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse abbauen soll. Dazu gehören Sozialstandards, Standards im Umwelt- und Verbraucher-

schutz, im Naturschutz und Regelungen zum Schutz eigenständiger Kulturgüter. Es besteht die große Gefahr, dass in diesem Prozess die Standards gesenkt werden, um den Handel zwischen beiden Regionen zu erleichtern und für internationale Konzerne zusätzliche Gewinnmöglichkeiten zu schaffen. Das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Entwicklung, auf die sich Deutschland und die Europäische Union verpflichtet haben.

Die Ideologie des Freihandels und Investorenschutzes aus dem 20. Jahrhundert ist keine Lösung für die aktuellen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Wir erwarten von der EU-Kommission und vom Europäischen Parlament, dass sie die Geheimverhandlungen öffentlich machen. Sie müssen sich einmischen, um eine solche Fortsetzung der „Globalisierung“ zu verhindern. Wir wollen nicht Regulierungen zugunsten einiger Weltkonzerne abbauen, sondern eine nachhaltige Zukunft gestalten. Wir wollen eine transatlantische Partnerschaft für die sozialökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen.

Politik für die Menschen statt für die Konzerne
Nutznießer des zurzeit verhandelten TTIP-Abkommens dürften z. B. BMW und Monsanto, Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil sein. Es ist unwahrscheinlich, dass ein deregulierter transatlantischer Markt den Menschen in Europa, den USA oder in der übrigen Welt zugutekommt. Das kann vielmehr bedeuten, dass Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch aus den USA ungekennzeichnet auf unseren Tellern landen, Meinungsfreiheit und Datenschutz auf der Strecke bleiben, Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden und bei der Gewinnung von Ressourcen Klima-, Natur- und Umweltschutz (z. B. durch Fracking) unberücksichtigt bleiben. Aber jede soziale Gesellschaft braucht starke Regeln und ein starkes demokratisches Gegengewicht gegen wirtschaftliche Verwertungsinteressen.

Kernprinzipien des Klima- und des Natur- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio festgelegt wurden, sind das Vorsorge- und das Verursacherprinzip: Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP sollen

auf Druck von großen multinationalen Unternehmen und US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden.

Standards für Umwelt und Mensch

Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind vor allem die in ihren Augen zu langsame Zulassung und Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa und die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffen ausgehenden Umweltgefahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Aber auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking. Das TTIP ist ein Angriff auf die Demokratie, die erkämpften sozialen Rechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir brauchen keine Deregulierung, sondern eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur wirtschaftlicher Entscheidungen werden. Verbote sind genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht vereinbar. Das wird auch am bisherigen Verhandlungsmandat deutlich, auf das sich 27 EU-Staaten geeinigt haben.

Und es soll schnell gehen: Schon im Oktober 2014 soll das Abkommen stehen. Die Verhandlungen werden geheim geführt. Offiziellen Zugang zu den Zwischenberichten haben nur Vertretungen der interessierten Industrie, aus den USA z. B. die Agrarchemie wie Monsanto. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Wir NaturFreunde fordern, dass sich Politik und Handel am Wohl von Mensch und Umwelt orientieren müssen.

Das bedeutet:

- Alle Unterlagen zum TTIP müssen sofort öffentlich zugänglich werden. Statt Geheimverhandlungen müssen Öffentlichkeit und Parlamente beteiligt werden.
- Das Primat der Demokratie muss gelten: Die so genannte Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterläuft die Souveränität von Staaten und Bürgern. Unternehmen haben sich demokratisch vereinbarten Standards anzupassen und nicht umgekehrt.
- Umwelt- und Sozialstandards haben sich am Prinzip Nachhaltigkeit zu orientieren: Nicht der niedrigstmögliche Standard, sondern der Standard, der heutigen und künftigen Generationen die besten Lebenschancen bietet muss Maßstab politischen und wirtschaftlichen Handelns sein.
- Die Kontrolle über den Finanzsektor muss wiedererlangt werden. Die Liberalisierung der Finanzmärkte ist eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise. Statt wie mit dem TTIP intendiert Finanzdienstleistungen noch weiter zu liberalisieren, muss der Staat gestärkt werden. Das Finanzkapital muss für die Menschen und nicht für sich selber arbeiten.
- Der Bundesvorstand wird aufgefordert, das Thema TTIP weiterhin in seiner Medien- und Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen zu behandeln und geeignete Kampagnen und Demonstrationen zu unterstützen.
- Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, die NaturFreunde-Gliederungen und Mitglieder aufzufordern, in ihrem Rahmen entsprechend aktiv zu werden (regionale, lokale Bündnisse, Unterschriftensammlungen und Beteiligung an Internet-Kampagnen gegen TTIP, ...) und entsprechende Materialien (Infoblätter, Unterschriftenlisten, Muster-Presseerklärungen, ...) zur Verfügung zu stellen;
- Der Bundesvorstand fordert die Naturfreunde Internationale auf, eine Kampagne mit entsprechenden Materialien zu entwickeln, deren wesentlicher Bestandteil, eine Unterschriftensammlung für eine EU-Petition gegen das TTIP ist.



2. Themenbereich: Energie, Verkehr, Klimawandel

Resolution: Energiewende – aber richtig

Die NaturFreunde wollen dazu beitragen, dass es zu einer wirklichen Energiewende kommt. Sie muss ein Generationenvertrag sein, der vor absehbaren, künftig fundamentalen Risiken schützt, die sich aus dem Klimawandel, heraufziehenden Ressourcenkriegen, Vernichtung der biologischen Vielfalt, Umweltzerstörung und nuklearen Gefahren ergeben.

Das Leitziel der Energiewende muss die Nachhaltigkeit des gesamten Energieeinsatzes sein. Wir kritisieren, dass diese Jahrhundertaufgabe – zumindest derzeit – in der öffentlichen und politischen Debatte auf Strom und auf erneuerbare Energien verkürzt wird.

Die NaturFreunde stellen fest: Die Bundesregierung hat kein überzeugendes Konzept für eine Energiewende. Bei der Energiewende geht es nicht um den bloßen Austausch von Energieträgern, sondern um den möglichst schnellen Ausstieg aus dem nuklear-fossilen Zeitalter und den Umbau hin zu einer solaren Energiedienstleistungswirtschaft. Die Braunkohle kann keine Übergangstechnologie sein.

Die Energiewende erfordert den Umbau von der Versorgungs- in eine Vermeidungswirtschaft hoher Energieverbräuche und – vor allem – die Demokratisierung des Energiesektors. Deshalb erfordert die Energiewende eine doppelte Integration: Zum einen die Zusammenführung von Einsparen, Effizienzrevolution und erneuerbaren Energien, zum anderen von Strom, Wärme und Mobilität.

Die heutige Verbundwirtschaft blockiert die Energiewende. Sie reduziert die Strombereitstellung auf große Kondensationskraftwerke, die nur auf den Absatz hoher Strommengen ausgerichtet sind. Doch gerade die Kraft-Wärme-Kopplung und auch eine effiziente und solare Wärmeversorgung sowie die Neuordnung der Mobilität sind von zentraler Bedeutung für eine Energiewende.

Die Energiewende muss zudem mit einer Ressourcenpolitik verbunden werden, die zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft führt.

Die Energiewende braucht eine neue Infrastruktur. Wir halten es für falsch, den Ausbau der erneuerbaren Energietechnologien zu deckeln, weil zum Beispiel Stromnetze und Speicher fehlen. Im Gegenteil: Wir begrüßen, dass es zu dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien gekommen ist. Das ist ein Beleg dafür, dass eine breite Unterstützung für die Energiewende vorhanden ist. Diese Unterstützung darf nicht gebremst werden.

Die Energiewende kostet Geld, sie braucht ein Investitionsprogramm. Der Ausbau und die Erneuerung der Infrastruktur ist eine öffentliche Aufgabe. Sie darf nicht an der Verschuldungsbremse scheitern, denn sie ist eine unverzichtbare Zukunftsaufgabe. Die NaturFreunde schlagen dafür eine Zukunftsanleihe vor.

Die Energiewende braucht klare politische Rahmensetzungen. Statt des nicht funktionierenden Börsenhandels, der spekulativen CO₂-Zertifikate und der in diesem Umfang nicht zu rechtfertigenden Industrierabatte fordern die NaturFreunde ein wirksames Ordnungsrecht und eine Ausweitung der ökologischen Finanzreform.

Die Energiewende erfordert eine weitreichende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation, weil die Entwicklung des kapitalistischen Gesellschaftsmodells eng mit der massenhaften Nutzung fossiler Energieträger verbunden ist, mit der Ausbeutung der Arbeit und der Ausbeutung der Natur. So wie die soziale Frage ist auch die ökologische Frage eine große Reformherausforderung.

Die Energiewende ist nicht zuletzt eine Machtauseinandersetzung. Deshalb muss es zu einer Demokratisierung der Energieversorgung und grundlegenden Strukturänderungen mit einer star-

ken Ausrichtung auf Dezentralität und Rekommunalisierung kommen.

Die NaturFreunde fordern, dass die Kosten der Energiewende nicht einseitig auf die Verbraucher und Verbraucherinnen abgewälzt werden oder fragwürdige Wettbewerbsvorteile durch Öko-Dumping geschaffen werden.

Die Energiewende muss europäisch ausgerichtet sein, darf aber nicht von der EU blockiert werden. Zumindest in der Übergangszeit ist sie mit Belastungen verbunden, die entweder durch nationale Regelungen oder durch

europäische Rahmensetzungen verringert werden müssen. Deshalb fordern wir eine europäische Energiesteuer und einen Grenzsteuerwertausgleich.

Die NaturFreunde begrüßen, dass es heute bereits rund 1,4 Millionen Stromerzeuger gibt, während der Strommarkt vor einem Jahrzehnt noch von vier großen Unternehmen monopolisiert wurde. Initiativen wie Bürgerenergie oder Energiegenossenschaften dürfen nicht erschwert, sondern müssen verstärkt gefördert werden.



Gleichstromtrasse Süd-Ost

Die NaturFreunde Deutschlands lehnen die Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung (HGÜ-Leitung) von Bad Lauchstädt bei Halle nach Meitingen bei Augsburg durch das Fichtelgebirge (Gleichstromtrasse Süd-Ost) derzeit ab, weil sie die bestehenden Energieverhältnisse (Braunkohleförderung) festschreibt, dem Prinzip einer dezentralen Energieversorgung widerspricht und für die Versorgungssicherheit nicht erforderlich ist.

- Die HGÜ-Leitung widerspricht dem Prinzip einer dezentralen Energieversorgung in Bürgerhand, für das die NaturFreunde Deutschlands eintreten. Zunächst bestehen schon erhebliche Zweifel, ob die Übertragung von Strom über Fernleitungen mit Auslegung auf hohe Spitzenlasten überhaupt wirtschaftlich ist. Vielmehr soll Energie weitgehend dort produziert werden, wo sie verbraucht wird. Darauf müssen intelligente Stromnetze ausgerichtet werden.
- Die geplante Stromtrasse würde in erster Linie Strom aus den Braunkohlerevieren im Osten Deutschlands transportieren. Damit würde der Braunkohle-Tagebau auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben. Die NaturFreunde Deutschlands fordern jedoch ein schnelles Ende des Braunkohleabbaus in Deutschland, denn die Braunkohlenutzung mit ihren CO₂-Emissionen widerspricht den klimapolitischen Zielen Europas und damit auch der in Deutschland beschlossenen Energiewende, zerstört Natur und Landschaften, führt zur Absiedelung von Dörfern, ist ein ekla-

tanter Verstoß gegen die europäische Wasser-Rahmenrichtlinie und verträgt sich nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung (vgl. Positionspapier der NaturFreunde Deutschlands, beschlossen auf der Frühjahrstagung des Fachbereichs NUST am 21.04.2013).

- Die vorgesehene Stromleitung mit ihren bis zu 70 Meter hohen Strommasten bedeutet einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild des Naturparks Fichtelgebirge, da sie eine gewaltige Schneise schlagen würde.
- Gemäß dem Gutachten von Prof. Dr. Christian von Hirschhausen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW) ist die Gleichstromtrasse Süd-Ost auch nach Abschaltung des letzten Kernkraftwerks im Jahr 2022 nicht notwendig und die Versorgungssicherheit in Bayern keineswegs in Gefahr. Für die fernere Zukunft müssen erst zuverlässige Bedarfsplanungen erstellt werden.
- **Die NaturFreunde fordern, dass zunächst eine strategische Umweltprüfung nach EU-Recht durchgeführt wird, die alternative Energiekonzepte für Deutschland transparent vergleicht.**
- Die NaturFreunde fordern außerdem anstelle der derzeitigen Blockadepolitik den konsequenten weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie in Bayern, zu dessen Unterstützung ein flexibles Stromangebot von Biogasanlagen, den Verzicht auf die Stilllegung moderner Gaskraftwerke sowie die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung für die Stabilisierung des Stromnetzes dezentral vor Ort.



Forderungen an die Umweltpolitik der Europäischen Union

Die deutschen NaturFreunde fordern ein modernes, sozial-ökologisches Europa. Wir erwarten vom neuen Europäischen Parlament grundlegende Initiativen in diese Richtung. Dazu gehören:

1. Die Umwandlung von EURATOM in einen Vertrag zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen (EURONEW)

Die institutionelle Privilegierung der Atomenergie in der EU ist eine Hinterlassenschaft der 50er-Jahre des vorigen Jahrhunderts. Eine dauerhafte und umweltfreundliche Energieversorgung ist nur mit erneuerbaren Energien möglich. Nach den Beschlüssen in Deutschland zur Abwicklung der Atomenergie als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe muss auch in Europa die Privilegierung der Atomenergie aufhören. Das betrifft auch die Förderung der Entwicklung der Kernfusionsforschung (aktuell Projekt ITER) mit Milliarden-Beträgen.

2. Die Änderung der europäischen Verträge, um darin die Nutzung von Atomtechnologie für militärische Zwecke zu verbieten

Dies sollte zugleich mit einer Ächtung der zivilen Nutzung der Atomenergie in einem neuen Grundlagenvertrag festgeschrieben werden.

3. Keine Privilegierung der Atomindustrie durch indirekte Subventionen

Überlegungen aus der EU-Kommission (Wettbewerbskommissar), den Atomstrom wegen seiner angeblichen Klimaneutralität so zu fördern wie die erneuerbaren Energien, müssen unverzüglich gestoppt werden. Anträge aus EU-Ländern für die Genehmigung von steuerlichen Subventionen zur Errichtung von Atomkraftwerken müssen künftig generell abgelehnt werden.

4. Zügige Umsetzung einer Energiewende in ganz Europa

Zum Erreichen der europäischen Klimaschutzziele müssen die EU-Institutionen den Umbau der Energieversorgung in allen EU-Ländern gezielt fördern. Die Klimaschutzziele müssen ehrgeizig fortgeschrieben werden.

5. Verankerung der Trinkwasserversorgung als öffentliche Aufgabe und Verbot ihrer Privatisierung in einer Richtlinie

Es gibt immer wieder Versuche aus der EU-Kommission, privaten Anbietern den Zugang zum „Markt“ der Trinkwasserversorgung zu verschaffen. Privatisierungen lassen – entgegen den Versprechungen – die Preise steigen, die Leitungsnetze leiden Schaden. Daseinsvorsorge kann und darf nicht den Regeln des Marktes unterworfen werden. Daseinsvorsorge muss die Leistungen auch ohne Gewinnerzielung vorhalten.

6. Verbot von Fracking in allen europäischen Ländern

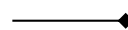
Die Anwendung des Hydraulic Fracturing zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Gasvorkommen stellt einen erheblichen Eingriff in die natürliche Umgebung dar, dessen Auswirkungen nur unzureichend abzusehen sind. Bisher vorliegende Gutachten machen deutlich, dass schwerste Umweltschäden nicht auszuschließen sind.

Wir begrüßen, dass Frankreich die Zulassung von Fracking verweigert hat. In Deutschland ist die Entscheidung über eine Zulassung von Fracking noch vertagt worden, internationalen Konzernen werden jedoch bereits Aufsuchungserlaubnisse erteilt. In der Europäischen Union ist bis heute noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Wir begrüßen die gemeinsame Erklärung zum Fracking, die von französischen und deutschen NaturFreunden im September 2013 in Le Hohwald (Elsass) abgegeben worden ist.

7. Stopp für die Förderung des Agrosprits

Die EU muss ihre verhängnisvolle Förderung des Agrosprits verändern. Das ist wichtig für das Weltklima, die biologische Vielfalt, aber auch für die Ernährungsgrundlagen in der ganzen Welt. Der Anbau von Agro-Kraftstoffen zulasten von Lebensraum und Regenwäldern verschärft den Klimawandel, zerstört biologische Vielfalt und entzieht Ernährungsgrundlagen.



Positionspapier: Der Umbau des Energiesystems – für eine echte Energiewende

Energiewende heißt: So schnell es geht aus dem fossilen und nuklearen Zeitalter aussteigen.

Wir stellen fest: Die schwarz-rote Koalitionsvereinbarung bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Bei den erneuerbaren Energien wird die Bremse für den Ausbau angezogen. Eine Reform des Emissionshandels ist nicht geplant; die Ziele für den europäischen Klimaschutz bleiben hinter dem Notwendigen zurück; eine notwendige Effizienzrevolution und mehr Energiesparen, die in der Vergangenheit noch als die Schlüsselfragen einer Energiewende hingestellt wurden, werden nur am Rande erwähnt; das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird an den Rand gedrängt. Stattdessen ist viel von Kohlekraftwerken und zu hohen Kosten die Rede. Eine schlüssige Umbaustrategie ist nicht zu erkennen.

Der Umbau der Strom- und Wärmeversorgung wird von uns nicht erst mit dem Super-GAU im japanischen Fukushima gefordert. Die NaturFreunde fordern bereits seit 1963 den Ausstieg aus der Atomkraft. Das erste Energiewendekonzept haben die Umweltverbände bereits 1981 vorgelegt. Seit Ende der achtziger Jahre liegen zahlreiche Studien und Konzepte vor, wie der Weg zu mehr Klimaschutz und in eine nachhaltige Energieversorgung ohne Atomkraft aussehen kann. Die Möglichkeiten wurden kaum genutzt. Das gilt insbesondere für die Nutzung der Effizienztechnologien, die wichtigste Brücke in eine solare Versorgung von Strom, Wärme und Mobilität.

Die NaturFreunde fordern sechs Eckpunkte für eine sozialökologische Energiewende:

1. Abschalten aller Atomkraftwerke bis Ende 2014

Die NaturFreunde fordern schnellstmöglich den gesetzlichen Ausstieg für alle Atomkraftwerke wegen der nicht zu verantwortenden Sicherheitsprobleme und der fehlenden Entsorgung. Das sind neben dem militärischen Missbrauch die beiden wichtigsten Gründe für eine Beendigung der Atomkraft. Den Entsorgungsnachweis erfüllt kein AKW, ebenso besteht überall das Risiko eines GAUs.

„Sicherheit hat absoluten Vorrang, dem muss sich alles unterordnen. So werden wir auch handeln“, erklärte die Bundeskanzlerin nach der Katastrophe von Fukushima. Aber nicht erst dieser GAU war „eine Zäsur in der Geschichte der technisierten Welt“, sondern schon die Beinahekatastrophe von Harrisburg 1978 und die Explosion von Tschernobyl 1986. Seitdem ist der größte denkbare Unfall kein hypothetisches, sondern ein reales Risiko.

Die Sicherheitsbewertung hat zwei Dimensionen: die Eintrittswahrscheinlichkeit und den Schadensumfang. Die zeitliche und räumliche Dimension einer radioaktiven Verstrahlung durch einen GAU ist nicht zu verantworten. Deshalb muss aus der nuklearen Technologie schnellstmöglich ausgestiegen werden, soll der Grundsatz „Sicherheit hat absoluten Vorrang“ ernst genommen werden.

Wir fordern, dass sich unser Land der Verantwortung stellt. Die Atomspaltung wurde erstmals Ende 1938 im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin durchgeführt. Danach begann zwischen Hitler-Deutschland, dem Manhattan-Projekt in den USA, der damaligen Sowjetunion und Japan der Wettlauf um die Atombombe. Schon aus diesem Grund hat unser Land einen besonderen Grund, die Atomnutzung zu beenden.

2. Der Atomausstieg ist möglich

Die NaturFreunde fordern eine 100 % erneuerbare Stromversorgung in Deutschland auch mit Hilfe eines forcierten, dezentralen Netz- und Speicherausbau bis zum Jahr 2030.

Mit dem Argument der Grundlastsicherung nimmt die Atomenergie jedoch die Politik in Geiselschaft. Weil angeblich sonst die Versorgung für die deutsche Industrie gefährdet sei, dürfe es keinen schnellen Ausstieg geben. EnBW, E.on, RWE und Vattenfall tun alles, um den Ausstieg zu erschweren und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu blockieren.

Der Ausstieg ist viel schneller möglich als – wie geplant – bis zum Jahr 2022, denn die in Anspruch genommene Jahreshöchstlast liegt in Deutschland deutlich unter der vorhandenen Erzeugungskapazi-

tät. Auch das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen belegt, dass bei einem Ausstieg aus der Atomkraft im Jahr 2015 in Deutschland ausreichende Erzeugungs- und Netzkapazitäten vorhanden sind, um die Versorgung jedes Verbrauchers in jeder Stunde sicherzustellen. Danach stehen auch bei der Nutzung der Höchstlast mindestens 15.000 MW Kraftwerksleistung für Systemdienstleistungen, ungeplante Kraftwerksausfälle und Kraftwerksrevisionen (Wartungsarbeiten) zur Verfügung. Zudem ist Deutschland in den europäischen Strommarkt eingebunden und Nettostromexporteur.

Dem Ausstieg aus der Atomenergienutzung in Deutschland stehen demnach keine unüberwindbaren technischen oder volkswirtschaftlichen Gründe entgegen. Die regionalen Schwierigkeiten, die möglicherweise auftreten können, sind eine Konsequenz aus dem früheren Versagen der beiden Atomländer Bayern und Baden-Württemberg. Weil Einsparen und Effizienz, insbesondere die Kraft-Wärme-Kopplung, langsamer als möglich vorankommen, müssen CO₂-Emissionen durch die beschleunigte Umstellung durch 100 % erneuerbare Energien bis 2030 überkompensiert werden.

3. 2.000-Watt-Gesellschaft und eine Kultur der Genügsamkeit

Die NaturFreunde fordern eine 2.000-Watt-Gesellschaft. Wir brauchen eine Kultur der Effizienz, Konsistenz mit der Natur und der Genügsamkeit (Suffizienz) als Grundlage einer zukunftsgerechten Entwicklung.

Der jährliche Pro-Kopf-Energieverbrauch kann ohne nennenswerte Wohlstandsverluste in den OECD-Ländern bis 2050 auf ein Drittel gesenkt werden. In Deutschland liegt die Leistungsbereitstellung derzeit pro Kopf und Jahr bei knapp 7.000 Watt. Das ungenutzte Einsparvolumen insgesamt liegt in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität nach vorliegenden Studien schon heute zwischen 42 und 48 Prozent, wobei rund zwei Drittel davon auch unter den heutigen Rahmenbedingungen wirtschaftlich wären.

Die ETH Zürich hat in Verbindung mit der Fraunhofer-Gesellschaft ISI in Karlsruhe das Ziel der 2.000-Watt-Gesellschaft für die Schweiz konkreti-

siert. Damit verbunden sind Innovations sprünge, die für eine nachhaltige Wirtschaft unverzichtbar sind. Durch Energiedienstleistungen für Gebäude, Fahrzeuge, Produktionsprozesse und Haushaltsgeräte kann der Energieverbrauch so optimiert werden, dass durch die Einsparung einer Kilowattstunde Nutzenergie durch vermiedene Verluste bei der Umwandlung durchschnittlich drei Kilowattstunden Primärenergie eingespart werden. Ein Energieeffizienzgesetz mit dem Ziel, mindestens drei Prozent des Energieverbrauchs pro Jahr absolut zu senken, schafft dafür den Rahmen.

Dazu gehören auch die Einführung eines verbindlichen Energieaudits (zertifiziertes Managementsystem) in allen Unternehmen und größeren Organisationen, damit das Energieeinsparungspotential systematisch gehoben wird sowie die Schaffung eines Energieeffizienzfonds zur Förderung von Top-Runner-Geräten. Energieeffizienzgewinne zielen auf eine absolute Senkung des Verbrauchs ab, damit die Reduktionen nicht durch gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Komfortansprüche (Rebound-Effekt) zunichte gemacht werden.

Ein Beispiel, warum neben Effizienz und erneuerbaren Energien auch eine Suffizienzstrategie notwendig und möglich ist: Der durchschnittliche Verbrauch an Fleisch und Wurst betrug in Deutschland 1980 jährlich pro Kopf 30 kg, im Jahr 2009 aber schon 88 kg. Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt nur 33 kg pro Jahr, um Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu vermeiden.

4. Netzneu- und Netzausbau fallen bei einer dezentralen Energiestruktur geringer aus

Die NaturFreunde fordern einen dezentralen Netzausbau. Das Ziel muss eine weitgehend regionale Stabilisierung durch eine dezentrale Vernetzung mit einem hohen Anteil an Erdverkabelung sein.

Die zukunftsfähige Gestaltung der Stromversorgung ist kein Ausbau der Stromnetze wie bisher. Statt der Fortführung des großen Verbundnetzes muss es zu einer dezentralen Vernetzung kommen. Der rasch wachsende Beitrag erneuerbarer Energien zur Stromversorgung erfordert flexible Kraftwerke, innovative Speicher, neue Netztechnologien und eine optimierte Netzsteuerung.

Intelligente Netze konzentrieren sich auf eine optimale Verknüpfung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch von Strom vor Ort. Sie verbessern die Flexibilisierung des Stromverbrauchs und geben Anreize zum Stromsparen, etwa durch den Einsatz intelligenter Zähler. Wenn sich der Um- und Ausbau der Netze daran orientiert, sinkt der Ausbaubedarf deutlich. Das bedarf eines engagierten Ausbaus der Windenergie in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, wo es bislang einen deutlichen Rückstand gibt.

Die NaturFreunde fordern eine öffentliche Netzgesellschaft und eine transparente und demokratische Bundesnetzplanung. Die Übertragungsnetzbetreiber müssen alle Netzdaten und Lastflüsse veröffentlichen. Durch den Einsatz der Erdverkabelung lässt sich die Zerschneidung der natürlichen Lebensräume durch riesige Strommasten vermeiden und eine höhere Naturverträglichkeit erreichen.

5. Klimaschutz erfordert den Umbau

Die NaturFreunde fordern in der Energieversorgung eine Ökonomie des Vermeidens. Nur dadurch kann es wirksamen Klimaschutz geben. Um den Prozess zu beschleunigen, fordern die NaturFreunde eine Differenzierung des Mehrwertsteuersatzes zugunsten von Effizienztechniken, die dadurch preiswerter werden. Außerdem muss ein Effizienzfonds eingerichtet werden. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel müssen im vollen Umfang für die Energiewende zur Verfügung stehen.

Die Klima-Enquete des Deutschen Bundestages hat schon 1990 nachgewiesen, dass die Klimaschutzziele nur erreicht werden können, wenn es zu einer Effizienzrevolution als Brücke in die Solarwirtschaft kommt. Die Verbundwirtschaft kann die notwendi-

gen Reduktionsziele nicht erreichen. Das System der Großkraftwerke, deren Effizienzgrade bei Atom in der Spitze 35 und bei Kohle 46 Prozent betragen, muss beendet werden.

Nur mit einer Ökonomie des Vermeidens werden die Energiekosten sozial verträglich bleiben. Heute bezahlen die unteren 20 Prozent der Haushalte für Energie (Strom, Wärme und Mobilität) rund 8 Prozent ihres Einkommens, während die oberen 20 Prozent nur auf 2,4 Prozent kommen.

Die NaturFreunde fordern auch eine Beendigung der Strombörse, die erneuerbare Energien verteuert und spekulative Prozesse fördert.

6. Mehr Demokratie wagen

Die NaturFreunde fordern, gerade für die Energiewende mehr Demokratie zu wagen. Sie - und nicht die Beseitigung von demokratischen Verfahrensregeln - ist die Voraussetzung, um den Prozess schnell und erfolgreich zu gestalten.

Die Zeit der Naturvergessenheit und des Glaubens an ein grenzenloses Wachstum muss vorbei sein. Der damit verbundene Umbauprozess wird unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren gewaltig herausfordern. Aber mit ihm sind auch große Chancen verbunden, wenn der Ausstieg aus der Atomkraft mit dem ökologischen Umbau verbunden wird.

Heute sind mehr als 1,2 Millionen Betreiber an der erneuerbaren Stromerzeugung beteiligt, während es vor 10 Jahren nur wenige hundert waren. Diese Mitbeteiligung ist die Basis für einen demokratischen Umbau des Energiesystems.



Positionspapier: Für eine soziale und ökologische Verkehrswende – am Ende des Ölzeitalters

Die NaturFreunde fordern eine Debatte in Politik und Gesellschaft, wie auf Dauer eine nachhaltige, das heißt sozial und ökologisch verträgliche Mobilität erreicht werden kann. Sie ist nicht nur ökonomisch notwendig, sondern auch ein Gebot der Gerechtigkeit und Freiheit. „Mobilitätschancen für alle“ muss die Grundorientierung werden – inter- und intragenerativ.

Das Ölzeitalter, das in den letzten 50 Jahren die Mobilität geprägt hat, stößt an technische und ökologische Grenzen. Viele Ölfelder sind leergepumpt oder stehen vor dem Ende. Peak Oil, der Höhepunkt der Förderung, ist erreicht. Entscheidend ist das Plateau der Förderung im Verhältnis zur erwarteten Nachfrage. Bestenfalls für einige Jahre kann der Umfang gehalten werden bis es zu einem Abstieg kommt, der sich schnell beschleunigen wird. Das ist ein tiefer Einschnitt mit weitreichenden Folgen für Demokratie, Wohlstand und Frieden. Eine Wende ist dringend notwendig.

Die NaturFreunde fordern schnell zu einer sehr viel effizienteren Energienutzung im Verkehr zu kommen.

Es ist ein Skandal, dass der Verbrauch nach wie vor viel zu hoch liegt, weil die Effizienz der Energienutzung von Motoren, die in Bewegung umgesetzt wird, gering ist und höhere Geschwindigkeiten, mehr Gewicht und immer mehr Zusatzeinrichtungen den Energieverbrauch in die Höhe treiben. Der Trend hin zum SUV, den neuen Vorstadtpanzern, ist ungebrochen. Diese Form der Mobilität ist egoistisch und verantwortungslos

Der motorisierte Verkehr auf der Basis fossiler Energieträger kommt an ein Ende. Das ist eine gewaltige Herausforderung insbesondere für unser Land, das in besonderer Weise von der Automobilindustrie geprägt ist. Und sie muss in kurzer Zeit bewältigt werden.

Das Verkehrssystem kann nicht per Knopfdruck geändert werden. Verteilungskonflikte sind national und international zu erwarten, wenn Öl knapp wird. Die globalen Finanzströme werden dann weltweit massiv beeinflusst, die Folgen für Wirtschaft und

Beschäftigung sowie für die globale Arbeitsteilung sind nur schwer zu erfassen. Doch es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Verknappung von Erdöl und der Wirtschaftskrise. Das Ölfördermaximum ist der limitierende Faktor, der rezessive Tendenzen in Gang setzt. Wenn Peak Oil erreicht ist, folgen starke Preissteigerungen und wirtschaftliche Verwerfungen. Vor allem die Entwicklungsländer werden in den nächsten Jahren wirtschaftlich erschüttert, es wird neue Formen von Kolonialisierung und Ausgrenzung geben.

Aufgrund der ungleichen Verteilung von Ressourcen wird es zu (geo-)politischen Friktionen kommen, aus den Verteilungskonflikten drohen Ressourcenkriege zu werden. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf für ein „weg vom Öl“. Er erfordert nicht nur technische, sondern auch grundlegende wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Reformen.

Das Endspiel des Ölzeitalters beginnt, ein historisch singulärer Umbruch, der mit der industriellen Revolution vergleichbar ist.

Die NaturFreunde fordern eine schnelle Neuordnung der Mobilität und massive Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, vor allem im ländlichen Raum. Diese Aufgabe ist auch klimapolitisch gerechtfertigt. Die Verkehrswende muss weltweit zu einem Vorbild werden, wie eine sozial- und naturverträgliche Mobilität organisiert werden kann.

Der Abschied vom fossilen Verkehr steht an. Das erfordert mehr als die lautstark propagierten, nur auf Technik fixierten Lösungen. Lösungen, die es bereits gibt, müssen endlich allgemein umgesetzt werden: *Geschwindigkeitsbegrenzungen* und *Flottenverbrauchsregelungen* oder *Pedelecs* und *E-Scooter*, die sofort weniger Ölverbrauch und geringere CO₂-Emissionen bedeuten, um noch nicht vorhandene „Lösungen“ wie Elektroautos zu puschen. Oder im Schiffsverkehr: In wenigen Monaten ist es möglich, durch eine Senkung der Geschwindigkeiten von etwa 24 auf 19 Knoten Treibstoffeinsparungen von 30 bis 50 Prozent zu erzielen. Moderne Formen

der Windenergie, mit der die Beluga experimentiert, sind zukunftsweisend.

Die postfossile Mobilität geht vom Menschen aus. Zufußgehen darf nicht länger Restverkehr sein, wie in der Gedankenwelt fossiler Verkehrsplanung, sondern eine tragende Säule der Körperkraftmobilität. Fahrradfahren, das erste moderne postfossile Fortbewegungsmittel steht am Beginn seines neuen Aufstiegs.

In Kopenhagen, einer Stadt mit höchster Lebensqualität, ist das Fahrrad das Rückgrat des Alltagsverkehrs. „Langsamverkehr“ wird zur dritten Säule der Verkehrspolitik neben dem motorisierten

Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr. Dafür müssen wir die verschwenderischen, ineffizienten Raum- und Siedlungsstrukturen umbauen und die Arbeitsteilung neu ordnen – ein gigantisches ökologisches Zukunftsprogramm.

Postfossile Mobilität kann schnell Attraktivität gewinnen, wenn Peak Oil nicht länger verdrängt wird. Der öffentliche Raum darf nicht länger auf die Transportfunktion reduziert werden. Die Nähe gewinnt dann an Attraktivität, eine neue Balance von Schnelligkeit und Langsamkeit, eine Kultur der Bewegung und Beweglichkeit.



Neues Konzept für die EEG-Umlage

Die NaturFreunde fordern eine Novellierung des EEG, die:

- die bisherige exzessive und sozial ungerechte Subventionspolitik zur Entlastung energieintensiver Unternehmen (die auf mittlerweile über 2.000 Betriebe angestiegen ist) beendet und eine Befreiung von der EEG-Umlage künftig nur

solchen Betrieben gewährt, die nachweislich gravierende Nachteile im internationalen Wettbewerb darlegen können;

- die Energieunternehmen zur Weitergabe der günstigen Einkaufspreise an den Endverbraucher zwingt.



Windkraft dezentral ausbauen

Die NaturFreunde Deutschlands fordern den zügigen Ausbau der Windenergie, um die für die Bundesrepublik Deutschland erklärten Klimaschutzziele, Bereitstellung von 20% aus erneuerbaren Energien, unter Berücksichtigung der regionalen Möglichkeiten schon vor dem Jahr 2020 zu erreichen.

Windenergie muss zu einem Beitrag zur Dezentralisierung der Energieversorgung führen. Deshalb sind Energiegenossenschaften mit Bürgerbeteiligung und kommunale Windparks besonders zu fördern.

In der Standortplanungsphase von Windkraftwerken ist zu prüfen, ob die Bereitstellung von geeigneten Speicher- und Netztechnologien verknüpft werden kann. Dies soll ein Schritt zur dezentralen, flexiblen und bedarfsgerechten Energieversorgung vor Ort werden.

Die Auswirkungen der Windkraft auf Natur und Lebensumwelt sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken und so schonend wie möglich durchzuführen.

Nicht gebaut werden soll deshalb:

- in Naturschutzgebieten und Naturdenkmälern, falls sie flächenhaft ausgewiesen sind,
- in Bann- und Schonwäldern,
- in Biotopverbundflächen, wenn dadurch der Verbund gefährdet würde,
- in Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten.

Besonders schützenswert hinsichtlich Bauplanungen sind Lebens- und Fortpflanzungsstätten, Nahrungsräume und Rastgebiete geschützter Vogel- und Fledermausarten. In diesen Fällen ist zwingend die

Kompetenz der Forstbehörden und der Naturschutzverbände einzubeziehen.

Mindestabstände zwischen Siedlungen und Windkraftanlagen sollen in jedem Einzelfall durch Gutachten ermittelt und nachgewiesen werden. Grenzwerte für Lärm und Schattenwurf sind einzuhalten.

Die NaturFreunde Deutschlands begrüßen Initiativen auf Länder- und Bundesebene zum verstärkten Klimaschutz (z. B. Hessen aktiv - 100 Kommunen für den Klimaschutz).

Die Kommunen und andere Initiativen werden aufgefordert, sich an der konsequenten Umsetzung einer Selbstverpflichtung aktiv zu beteiligen. Dazu gehören nicht nur die Stadtverordnetenversammlungen und die zuständigen Ämter, auch Bürgerinnen und Bürger sind in die notwendigen Entscheidungen einzubinden. Es ist in den Planungsphasen

zu prüfen, ob Finanzbeteiligungen in Bürgerhand möglich sind.

Die NaturFreunde fordern weiterhin die Beachtung und Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Umstellung des kommunalen Energiebezugs auf erneuerbare Energien,
- Energiemanagement aller kommunalen und kommunal genutzter Gebäude,
- umweltverträgliche und umweltschonende Mobilität,
- Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach Klimaschutz Gesichtspunkten,
- Beteiligung und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in alle Klimaschutzmaßnahmen, Klimaschutzprojekte und Klimaschutzkampagnen.

Die NaturFreunde werden die weitere Diskussion um die Errichtung von Windkraftanlagen aktiv begleiten.



NaturFreunde gegen Flughafenausbau

Die NaturFreunde Deutschlands wenden sich gegen den weiteren Ausbau von Flughäfen und Flugplätzen in Deutschland. Der Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands solidarisiert sich deswegen mit den NaturFreunden und Bürgerinitiativen, die sich vor Ort für den Schutz der Anwohner_innen und der Natur engagieren.

Konkret heißt das für

- **Berlin:**
Die NaturFreunde Deutschlands unterstützen den intensiven Einsatz der NaturFreunde Berlin gegen die Fehlplanungen des Flughafens BER und setzen sich für eine verbindliche, gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung auch für die Flugroutenplanung ein.
- **Frankfurt am Main:**
 - Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens (Terminal 3) und anderer Flughäfen/Flugplätze in der Region Frankfurt/Rhein-Main

- Einrichtung eines absoluten Nachtflugverbots von 22 Uhr bis 6 Uhr (gesetzliche Nacht)
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürger_innen
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen
- Deckelung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und Verringerung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet
- Stilllegung der Landebahn Nordwest
- **München:**
Kein Bau einer 3. Startbahn in München-Freising entsprechend dem Ergebnis des Bürgerentscheids auch nach Ablauf der einjährigen rechtlichen Bindungsfrist.



Lärm macht krank

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Änderung des *Luftverkehrsgesetzes* des Bundes. Sie unterstützen die Bundesratsinitiative der Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg als einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

In dem Gesetzgebungsverfahren fordern sie die Einarbeitung des absoluten Schutzes der sogenannten gesetzlichen Nacht, d. h. die *Festschreibung eines bundesweiten Nachtflugverbotes von 22 Uhr bis 6 Uhr*.

Weiter fordern die NaturFreunde Deutschlands eine *Änderung des Fluglärmschutzgesetzes*, das in seiner aktuellen Fassung eher die Fluglärmverursacher als die von Fluglärm betroffenen und geschädigten Menschen schützt.

Hier geht es vor allem um die *Festschreibung von Lärmobergrenzen*, wie auch die verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie (Internalisierung der Kosten) und den Stopp der Subventionen (Steuern, Gebühren, ...).

Die NaturFreunde Deutschlands erwarten von der Bundesregierung die *Umsetzung* der im Koalitionsvertrag formulierten Absicht der *Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Festlegung von Flugrouten*. Die Festlegung muss durch ein *Planfeststellungsverfahren* geregelt werden. Dabei muss eine *Umweltverträglichkeitsprüfung* verbindlich vorgeschrieben werden. Wir begrüßen auch die Absicht einer verbesserten Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit, der Stärkung der Fluglärmmmissionen sowie die Verankerung einer stärkeren Differenzierung nach Flugzeugtypen und einer deutlichen Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmabhängigen Flughafentgelten.

Weiter begrüßen wir die Absicht, ein *Luftverkehrskonzept* im Dialog mit den Ländern zu entwickeln. Das Flughafenkonzept muss die gesamtdeutsche Situation berücksichtigen, den einzelnen Flughäfen Aufgaben zuweisen und sinnlose Standorte verhindern (s. a. Fehlentscheidung Kassel-Calden).

Bei allen Ankündigungen darf es nicht bei Absichtserklärungen bleiben.

Die NaturFreunde Deutschlands kritisieren dagegen stark die im Koalitionsentwurf formulierte Ablehnung genereller Betriebsbeschränkungen durch *Nachtflugverbote* und *fordern* dieses von *22Uhr bis 6 Uhr* an allen Flughäfen!

Wir kritisieren weiter, dass die Bundesregierung vor allem auf die sogenannte Reduzierung des Fluglärms an der Quelle setzt. Darunter versteht sie technische Lösungen an den Flugzeugen selbst. Diese sollen auf jeden Fall erfolgen. Allerdings lösen sie die Probleme der lärmgeplagten Menschen jetzt nicht. Erfahrungen bei der Entwicklung neuer Techniken zeigen, dass diese lange Zeiträume umfassen.¹ Lärmreduzierende flugbetriebliche Verfahren zeigen bislang geringe bis keine entscheidenden Verbesserungen.

Die NaturFreunde Deutschlands erwarten *keine Überprüfung der Grenzwerte im Fluglärmschutzgesetz* wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, *sondern* eine deutliche *Verringerung* des Wertes um mindestens 5 dB(A) - daraus resultieren für den Tag 60 dB(A) und für die Nacht nicht mehr als 50 dB(A) - und das an allen Flughäfen.

Die Luftverkehrsbehörden und die Flugsicherungsorganisationen sind stärker zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm zu verpflichten. Die Rechte der Bevölkerung, der Kommunen und des Umweltbundesamts bei der Festlegung von Flugverfahren (einschließlich der Flugrouten) sind zu stärken.

Dabei sollten die Gesetzesvorschriften so eindeutig sein, dass die Flugsicherung klare Vorgaben zum Lärmschutz erhält und dieser Lärmschutz in Verordnungen nicht verwässert werden kann.

¹ Insgesamt werden Verbesserungen an den Flugzeugen von 10 bis 12 dB(A) im Laufe von 20 Jahren erwartet. Problem, so die Aussage des DLR in dem Forschungsbericht „Leiser Flugverkehr“: „Es muss zunächst einen neuen Technologiesprung geben. Nach diesen ersten 20 Jahren dauert die Marktdurchdringung moderner Flugzeuge weitere 20 bis 30 Jahre. Erst dann werden die Ergebnisse im Dauerschall spürbar.“ (Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Oktober 2013)

Die NaturFreunde Deutschlands schließen sich zusammenfassend den Forderungen der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V. an:

- Erstellung eines Flughafenkonzepts mit Aufgabenzuweisungen für einzelne Flughäfen und Aufhebung der gegenseitigen Kannibalisierung.
- Kein unbeschränkter Ausbau von Flughäfen, sondern Ausrichtung an der jeweiligen Umweltverträglichkeit einer Region.
- Verlegung von Flügen unter 500 km auf die Schiene.
- Novellierung des Fluglärmgesetzes und der Fluglärmschutzverordnungen mit gesenkten Grenzwerten (-5 dBA) und Vorziehen des passiven Schallschutzes.
- Vorrang des aktiven Schallschutzes vor passiven Maßnahmen.
- Stärkung des § 29b Luftverkehrsgesetz mit dem Vorrang der Nachtruhe.

- Einführung von Nachtflugverboten an den Flughäfen von 22 Uhr bis 6 Uhr.
- Erstellung von Lärminderungskonzepten für die Flughäfen unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Fluglärm Betroffenen mit der Vorgabe von messbaren Lärminderungszielen und Festlegung geeigneter Maßnahmen für deren Zielerreichung.
- Einbeziehung der Flugroutenfestlegungen bei Neu- und Ausbauten von Flughäfen in die Planfeststellungsverfahren.
- Anhebung der Luftverkehrssteuer und Staffelung nach Entfernung und Sitzklassen. Stärkere Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel sowie Einführung der Kerosinbesteuerung.

Adressaten: Bundesregierung, Bundestag und die Fraktionen im Bundestag.



Fahrradfreundliche Bahnen

Der Bundesvorstand wird beauftragt zusammen mit Vertretern aus den Landesverbänden ein Positionspapier zur Fahrradmitnahme bei der Deutschen Bahn und anderen Bahngesellschaften zu erarbeiten.

Der Bundesvorstand soll mit diesem im Rahmen der Allianz pro Schiene auf die Deutsche Bahn und die anderen Eisenbahngesellschaften einwirken, damit die Bedingungen der Fahrradmitnahme in deutschen Bahnen deutlich verbessert werden. Zum Beispiel:

- Die Anzahl der Fahrradstellplätze in der kommenden ICE-Generation von 7 auf 20 je Zug erhöht wird.
- In den EC/IC-Zügen die Fahrradabteile nach dem Vorbild der Schweizer Bahn umgerüstet werden.

- Im Nahverkehr die Fahrradabteile so umgerüstet und gekennzeichnet werden, dass für alle Fahrgäste erkenntlich ist, dass dieser Bereich für Radfahrer reserviert ist.
- Das Tarifangebot im öffentlichen Nahverkehr (überall) um ein Fahrrad-Gruppenticket erweitert wird.
- Im Rahmen des geplanten Deutschlandtaktes auch die durchgängige Mitnahme von Fahrrädern zu ermöglichen.
- Eine einheitliche Preisgestaltung der Fahrradmitnahme in ganz Deutschland (wenn möglich kostenlos).



3. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

Frackingverbot

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Bundesregierung auf, Fracking als Methode zur Erkundung und Gewinnung von unkonventionellen Erdgasvorkommen zu verbieten. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, eine entsprechende Initiative auf europäischer Ebene zu starten.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auch auf dem nächsten Kongress der Naturfreunde Internationale zu stellen. Die NaturFreunde unterstützen die Aktion „100.000 Hände gegen Fracking“.



Agrosprit - eine gefährliche Sackgasse. NaturFreunde für Verbot von Agrotreibstoffen. NaturFreunde fordern den Boykott von E10.

1. Die NaturFreunde setzen sich auf lokaler Ebene, aber auch landes-, bundes- und europaweit dafür ein, dass möglichst umgehend die Produktion von Treibstoffen aus Nahrungspflanzen (Agrotreibstoffe) eingestellt wird. Als erste Maßnahme muss die gesetzlich vorgeschriebene Beimischung von Bioethanol in das Benzin (E10) sofort ausgesetzt werden. Ziel muss sein,

auf die Verwendung von Nahrungspflanzen als Treibstoff ganz zu verzichten.

2. Die Mitglieder werden aufgefordert, auf die Verwendung von E10 zu verzichten.

Empfänger: Europaabgeordnete, Bundesregierung, NFI.



Respekt vor der Natur - eine faire Chance für den Wolf

Die deutschen NaturFreunde unterstützen die Managementpläne für den Wolf in mehreren Bundesländern, insbesondere in der Lausitz in Sachsen und Brandenburg, und setzen sich für ein konfliktarmes Nebeneinander von Wolf und Mensch in der bestehenden Kulturlandschaft ein. Die NaturFreunde

unterstützen eine vorurteilsfreie Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit zu diesem Thema.

Die NaturFreunde fordern eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von Tötungsdelikten an Wildtieren, die unter Naturschutz stehen.



Biologische Vielfalt als Aktionsfeld für Ortsgruppen

Der Bundeskongress empfiehlt den Ortsgruppen der NaturFreunde die biologische Vielfalt in ihren Kommunen zu einem Schwerpunkt ihrer Naturschutzarbeit zu machen.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert,

- das dazu erforderliche Grundlagenmaterial zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen,

- in zwei Workshops - im Süden und im Norden - gemeinsam mit Vertretern der Ortsgruppen Konzepte zur Umsetzung zu entwickeln,
- einen Wettbewerb „Natur in unserer Gemeinde“ für NaturFreunde-Gruppen auszuschreiben.



Schutz der Alpen

Die NaturFreunde fordern, die Alpenkonvention und alle ihre Protokolle schnell umzusetzen. Wir wollen, dass die Region gemäß dem Beschluss der Alpenkonvention von 2008 bis zum Jahr 2020 CO₂-neutral sein wird.

Die Alpen sind eine ökologisch besonders sensible Region, die vom Klimawandel stärker betroffen sein wird als andere Bereiche. Die Alpen sind ein gemeinsames Kulturgut Europas. Sie zu schützen, muss eine gemeinsame Anstrengung sein. Aber die Alpenkonvention wird nur langsam und unzureichend umgesetzt. Das muss dringend geändert werden.

Die NaturFreunde fordern weiter, dass der Alpenkonvention auch in der von der EU initiierten Mak-

roregion Alpen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Insbesondere fordern die NaturFreunde einen sorgsamen Umgang mit der Natur bei der Nutzung der Wasserkraft in den Alpen.

Dazu gehört, dass

- vor einem eventuellen Bau von Pumpspeicherkraftwerken erst eine verbindliche Gesamtplanung zur Energiespeicherung einschließlich möglicher Speicher-Alternativen samt Leitungstrassen vorliegt. Dazu ist auch ein Pumpspeicherkataster erforderlich.
- auf einen Ausbau der Alpenbäche mit Kleinstkraftwerken ganz verzichtet wird.



Keine weitere Versalzung von Werra und Weser

Die NaturFreunde Deutschlands haben wiederholt ein Verbot der Einleitung salzhaltiger Abwässer aus dem Kaliabbau von K+S in Werra und Weser gefordert.

Zum Schutz des Grundwassers muss ebenso die Verpressung von Salzabwässern in den Untergrund gestoppt werden. K+S wird aufgefordert, alle technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der salzhaltigen Abwässer auszuschöpfen. Die NaturFreunde verweisen auf ein Gutachten der Firma K-UTECH, das K+S selbst in Auftrag gegeben hatte. Es ist auch am

Runden Tisch zur Werra-Versalzung vorgestellt worden.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Genehmigungsbehörde (RP Kassel) auf, zu prüfen, ob die Einleitung der salzhaltigen Abwässer gegen die Europäische Wasserrahmenrichtlinie verstößt.

Die NaturFreunde unterstützen den entsprechenden Protest der Werra-Weser-Anrainerkonferenz und des Deutschen Kanuverbandes.



4. Themenbereich: Friedenspolitik

Resolution: 100 Jahre Erster Weltkrieg – Europas Erbe und Auftrag

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges sehen es die NaturFreunde als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, die Erinnerung an die Ursachen, Grausamkeiten und Folgen dieser Jahrhundertkatastrophe wach zu halten. Wir verurteilen die konservativen Versuche, die Kriegsschuldfrage zu relativieren. Eindeutig belegt ist, dass in der damals von Militarismus und Nationalismus aufgeheizten Zeit die Hauptverantwortung für den Beginn und die Radikalisierung des Krieges im Habsburger Herrscherhaus von Österreich-Ungarn und vor allem im wilhelminischen Deutschland lag.

Seit ihrer Gründung 1895 verstehen sich die NaturFreunde als Teil der europäischen Friedens- und Reformbewegung, ohne eurozentrisch zu sein. Wir treten ein für ein Europa, das die Rüstungsproduktion drastisch reduziert und aktiv dazu beiträgt, dass es auch weltweit zu Abrüstung und zu mehr Transparenz und Kontrolle über Waffen kommt.

Die NaturFreunde fordern ein Ende der Austeritätspolitik, die die EU zwischen Nord und Süd spaltet. Wir treten für ein geeintes, soziales und gerechtes, für ein nachhaltiges Europa ein. Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ist auch die EU in die Krise geraten. Notwendig sind Annäherung und Verständigung, Versöhnung und Zusammenarbeit. Deshalb wurde die Europäische Union 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, nicht für ihre falsche Wirtschafts- und Geldpolitik.

Das wichtigste Ziel der europäischen Moderne bleibt die Idee der sozialen Emanzipation. Die NaturFreunde sehen mit Sorge, dass vor allem in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Wirtschaftswachstum zum Leitziel der Politik wurde.

Deshalb kam es zu Finanzkapitalismus und Neoliberalismus. Sie haben die Demokratie in die Geiselnhaft kurzfristiger wirtschaftlicher Erwartungen genommen, setzen die Sozialsysteme unter Druck und treiben die Privatisierung öffentlicher Aufgaben voran.

Europa braucht sowohl in der EU als auch den Mitgliedsländern eine sozialökologische Transformation, die unter der Leitidee der Nachhaltigkeit Wirtschaft und Gesellschaft reformiert und die politische Integration vorantreibt. Sie verwirklicht mehr Demokratie und Emanzipation und ermöglicht eine Vorreiterrolle für eine gerechte und friedliche Welt.

Die NaturFreunde wollen ein gemeinsames und starkes Europa, dass durch seine föderale Ordnung zum Vorbild für eine „Regionalisierung der Welt“ wird. Europa hat dann auch die Kraft, die Globalisierung nachhaltig zu gestalten, wirtschaftlich, sozial und ökologisch.

Die NaturFreunde setzen sich dafür ein, die Europäische Union nach Südosten zu erweitern und die partnerschaftliche Kooperation mit Russland zu vertiefen. Zuletzt haben die Unruhen in der Ukraine gezeigt, dass noch gewaltige Unterschiede, Konflikte und Spannungen abzubauen sind, was nur mit einer fairen, gemeinsamen Politik möglich wird.

Die NaturFreunde fordern alle demokratischen Kräfte auf, die neuen Formen des Populismus und Nationalismus zu bekämpfen, die sich auch in Europa ausbreiten. Das schulden wir den 17 Millionen Menschen, die Opfer des Ersten Weltkriegs wurden.



Appell: Keine Kampfdrohnen!

Die NaturFreunde Deutschlands sprechen sich gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung aus.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und sich für

ein weltweites Verbot und die völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen.

Die NaturFreunde Deutschlands unterstützen den Appell „Keine Kampfdrohnen!“.

Der Bundeskongress fordert die Gliederungen der NaturFreunde und die Mitglieder auf, sich dem Appell anzuschließen (www.drohnen-kampagne.de).



Atomwaffenfreies Deutschland

Die NaturFreunde Deutschlands fordern den sofortigen Abzug der auf deutschem Boden (Büchel, Rheinland-Pfalz) verbliebenen Atomwaffen und setzen sich weiter für eine atomwaffenfreie Welt ein.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, über ihre Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus sich für den sofortigen Abzug der Atomwaffen in Deutschland einzusetzen.

Um diese Forderungen wirkungsvoller zu machen, schließen sich die NaturFreunde Deutschlands der Kampagne „Atomwaffenfrei – Jetzt!“ (www.atomwaffenfrei.de) an. Die Gliederungen der NaturFreunde Deutschlands werden aufgefordert, in ihrem Rahmen ebenfalls die Kampagne zu unterstützen. Der Bundesvorstand informiert entsprechend über seine Medien die Mitglieder der NaturFreunde.



Gesicht zeigen

Der Bundeskongress fordert alle NaturFreunde-Gliederungen (Orts- und Bezirks-, Fachgruppen, Naturfreundejugend), insbesondere solche mit Häusern auf, in ihren Internetauftritten, Publikationen, Verträgen und in ihren Häusern klar zu machen, dass Rassisten und Faschisten und jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei den NaturFreunden unerwünscht sind.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein entsprechendes Logo mit Wiedererkennungsmerkmalen zu entwickeln, welches, bundesweit genutzt, keinen Zweifel daran lässt, wie die NaturFreunde zu Faschisten und Rassisten stehen.



5. Anträge zur Organisation

A Satzung

Satzungsänderung Artikel 14

In Artikel 14, Absatz 1 a), zweiter Kommandostrich wird das Wort „drei“ gestrichen und ersetzt durch die Worte „bis zu fünf“. Außerdem wird im Absatz 2, Zeile 1 das Wort „drei“ gestrichen.



Somit lautet Artikel 14 der Satzung nun:

Der Bundesvorstand

1. Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:
 - a) - dem/der 1. Vorsitzenden
 - bis zu fünf Stellvertreter/n/innen
 - dem/der Kassierer/in
 - b) - den Fachbereichsleiter/n/innen für
 - Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus
 - Kultur und Bildung
 - Natursport und Wandern
 - Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit
 - c) - einem Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands
 - d) - der/dem Bundesgeschäftsführer/in mit beratender Stimme.
 - e) - Der Bundesvorstand kann bis zu zwei weitere Mitglieder für zusätzliche Bereiche kooptieren. Sie bedürfen der Bestätigung durch den Bundesausschuss.
2. Der/Die 1. Vorsitzende, die Stellvertreter/innen und der/die Kassierer/in bilden den Vorstand nach § 26 BGB. Jeweils zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein gemeinschaftlich.
3. Der Bundesvorstand führt die laufenden Geschäfte, beruft die/den Bundesgeschäftsführer/in und überwacht die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Der Bundesvorstand hat alle Aufgaben wahrzunehmen, die durch die Satzung nicht anderen Organen vorbehalten sind, insbesondere
 - a) die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit im Rahmen der Beschlüsse der Organe und dieser Satzung,
 - b) die Vorbereitung von Tagungen und Sitzungen sowie deren Einberufung,
 - c) Kontakte mit den Bundesbehörden und Bundesorganisationen,
 - d) Vorlage des Haushaltsplanes.Der Bundesvorstand kann für seine Tätigkeit eine Vergütung erlangen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
4. Der Bundesvorstand beruft aus seiner Mitte einen Geschäftsführenden Bundesvorstand.
5. Der Bundesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

B Bundesschiedsordnung

Änderung der Bundesschiedsordnung

§ 1 Schiedsgericht

Innerhalb der NaturFreunde Deutschlands werden folgende Schiedsgerichte gebildet:

1. **ORTSGRUPPE**
Die Wahl des Ortsgruppenschiedsgerichts erfolgt durch die Ortsgruppenhauptversammlung. Das Ortsgruppenschiedsgericht besteht aus 3 ordentlichen Mitgliedern und 3 Ersatzmitgliedern.
2. **BEZIRK (Sofern selbstständiger Verein)**
Die Wahl des Bezirksschiedsgerichts erfolgt durch die Bezirkskonferenz. Das Bezirksschiedsgericht besteht aus 3 oder 5 ordentlichen Mitgliedern und 3 oder 5 Ersatzmitgliedern.
3. **LANDESVERBAND**
Die Wahl des Landesschiedsgerichts erfolgt durch die Landeskonferenz. Das Landesschiedsgericht besteht aus 3 oder 5 ordentlichen Mitgliedern und 3 oder 5 Ersatzmitgliedern.
4. **BUNDESGRUPPE**
Die Wahl des Bundesschiedsgerichts erfolgt durch den Bundeskongress. Das Bundesschiedsgericht besteht aus 5 ordentlichen Mitgliedern und 5 Ersatzmitgliedern.
Die ordentlichen Mitglieder der Schiedsgerichte wählen unmittelbar nach der Wahl aus ihren Reihen eine_n Vorsitzende_n.
Die Mitglieder der Schiedsgerichte sind verpflichtet, ihr Amt gewissenhaft zu erfüllen und ihre Stimme unparteiisch abzugeben.

§ 2 Zuständigkeit

Aufgabe der Schiedsgerichte ist es, bei Streitfällen innerhalb der Organisation zu schlichten oder zu entscheiden.

1. Das **ORTSGRUPPENSCHIEDSGERICHT** ist zuständig für Streitigkeiten zwischen
 - Mitgliedern untereinander (soweit sie die Organisation betreffen)
 - Mitgliedern und Ortsgruppe

- Funktionär_innen und Vorstand der Ortsgruppe
 - der Ortsgruppe und ihren Gliederungen und deren Funktionär_innen
2. Das **BEZIRKSSCHIEDSGERICHT** ist zuständig für Streitigkeiten zwischen
 - dem Bezirk und seinen Mitgliedern (Ortsgruppen)
 - dem Bezirk und seinen Gliederungen und deren Funktionär_innenEs ist Berufungsinstanz bei einem Schiedsspruch des Ortsgruppenschiedsgerichts.
 3. Das **LANDESSCHIEDSGERICHT** ist zuständig für Streitigkeiten zwischen
 - dem Landesverband und seinen Mitgliedern (Bezirke bzw. Ortsgruppen)
 - den Bezirken untereinander
 - den Bezirken und Ortsgruppen
 - dem Landesverband und seinen Gliederungen und deren Funktionär_innenEs ist die Berufungsinstanz bei einem Schiedsspruch des Bezirksschiedsgerichts.
 4. Das **BUNDESSCHIEDSGERICHT** ist zuständig für Streitigkeiten zwischen
 - der Bundesgruppe und ihren Mitgliedern (den Landesverbänden)
 - den Landesverbänden untereinander
 - der Bundesgruppe und ihren Gliederungen und deren Funktionär_innenEs ist Berufungsinstanz bei einem Schiedsspruch des Landesschiedsgerichts.

§ 3 Einleitung eines Schiedsverfahrens

1. Zur Einleitung eines Schiedsverfahrens bedarf es eines schriftlichen Antrags an den/die Vorsitzende_n des für dieses Verfahren zuständigen Schiedsgerichts.
2. In dem Antrag müssen die Beteiligten und der Streitgegenstand deutlich bezeichnet und der strittige Sachverhalt mit Beweismitteln – z. B. Angaben von Zeug_innen – belegt werden. Der Antrag soll erkennen lassen, welches Ziel der/die Antragsteller_in erreichen möchte.

3. Der/die Vorsitzende des Schiedsgerichts muss innerhalb von 2 Wochen nach Eingang des Antrags den ordentlichen Mitgliedern und der beklagten Partei den Wortlaut des Antrags und die Beweismittel bekannt geben.
Die beklagte Partei ist gleichzeitig aufzufordern, schriftlich innerhalb von 4 Wochen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.
4. Innerhalb der gleichen Frist von 2 Wochen (§ 3, Abs.3) muss beiden Streitparteien die Schiedsordnung zugesandt und die ordentlichen Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Schiedsgerichts bekannt gegeben werden.
5. Bei einem Antrag gegen Ausschluss aus dem Verband NaturFreunde Deutschlands ruhen die Mitgliederrechte in dem Organisationsteil, der ausgeschlossen ist.

§ 4 Schiedsverfahren

1. Das Verfahren muss spätestens 8 Wochen nach der Antragstellung eröffnet werden.
2. Ort und Zeit der Verhandlung bestimmt der/die Vorsitzende des zuständigen Schiedsgerichts. Die Einladung der Beteiligten, der Mitglieder des Schiedsgerichts, der Zeug_innen hat mindestens 10 Tage vor dem Termin mittels Brief per Postzustellungsurkunde zu erfolgen. Mit der Einladung zur Verhandlung sind die Parteien darauf hinzuweisen, dass sie sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklären können.
3. Die Verhandlung kann bei termingerechter Einladung auch dann gültig durchgeführt werden, wenn eine_r der Beteiligten, die Beteiligten oder Zeug_innen nicht erschienen sind.
4. Das Schiedsgericht kann Zeug_innen und Gutachter_innen einladen und hören.
5. Das Schiedsgericht ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind. Es ist unabhängig und fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
6. Grundlage der Entscheidung des Schiedsgerichts ist dessen mündliche Verhandlung.
7. Die Streitparteien können für das Verfahren Vertreter_innen oder einen Beistand bestimmen.
8. Über die Verhandlung ist ein Protokoll zu führen, welches von den Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterzeichnen ist. Die Protokolle

sind bei der zuständigen Organisationsebene 10 Jahre lang aufzubewahren.

§ 5 Schiedsspruch

1. In dem Schiedsverfahren soll in erster Linie versucht werden, den Streitfall im Geiste der Naturfreundebewegung, ihrer Satzungen und Beschlüsse zu schlichten und einen Vergleich anzustreben. Kommt es zu einem Vergleich, so ist eine Berufung dagegen nicht mehr zulässig.
2. Kann ein Vergleich nicht erreicht werden, entscheidet das Schiedsgericht durch Schiedsspruch, der nur auf solche Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden kann, die Gegenstand der Verhandlungen waren.
3. Der Schiedsspruch ist textlich genau festzulegen. Der Schiedsspruch ist den Parteien innerhalb 14 Tagen per Einschreiben zu übermitteln. Er muss die Namen der mitwirkenden Mitglieder des Schiedsgerichts, eine Begründung sowie den Hinweis auf die Zulässigkeit der Berufung enthalten. Er ist von dem/der Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu unterschreiben.
4. Das Schiedsgericht kann dem Antrag stattgeben, den Antrag ablehnen, eine Rüge erteilen, auf zeitweiliges Ruhen der Funktion erkennen und das zeitweilige Ruhen der persönlichen Mitgliederrechte beschließen.
Der Spruch des Schiedsgerichts ist, wenn keine Berufung eingelegt wird, für alle verbindlich.

§ 6 Berufung gegen einen Schiedsspruch

1. Gegen die Entscheidung eines Schiedsgerichts ist die Berufung zulässig, gegen
 - a) Entscheidung des Ortsgruppenschiedsgerichts an das Bezirksschiedsgericht
 - b) Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts an das Landesschiedsgericht
 - c) Entscheidung des Landesschiedsgerichts an das Bundesschiedsgericht
 - d) Entscheidung des Bundesschiedsgerichts an den Bundeskongress, der endgültig entscheidet.
2. Berufung an den Bundeskongress ist nur in den Fällen möglich, in denen das Bundesschiedsgericht 1. Instanz war, oder in Fällen

von grundsätzlicher Bedeutung. Ob ein Fall von grundsätzlicher Bedeutung ist, entscheidet das Bundesschiedsgericht.

3. Bei einer Berufung ist das Vorschiedsgericht verpflichtet, die Akten zu übergeben.
4. Die Berufung ist innerhalb von 4 Wochen, vom Tage der Zustellung des Schiedsspruchs an gerechnet, einzulegen und ausreichend zu begründen.

§ 7 Befangenheit

1. Ein Mitglied des Schiedsgerichts kann von den Parteien wegen Befangenheit abgelehnt werden. Dies muss dem/der Vorsitzenden des Schiedsgerichts, beim Ortsgruppenschiedsgericht mindestens 7 Tage, beim Bezirksschiedsgericht mindestens 14 Tage, beim Landesschiedsgericht mindestens 14 Tage, beim Bundesschiedsgericht mindestens 21 Tage vor Beginn der Verhandlung unter Angabe der Gründe mitgeteilt werden.
2. Das Schiedsgericht entscheidet in diesem Fall ohne Mitwirkung des/der Abgelehnten, ob die Gründe der Ablehnung hinreichend erscheinen.
3. Wird der Ablehnung stattgegeben, rückt ein Ersatzmitglied nach. Erscheinen die Ablehnungsgründe nicht hinreichend, so verhandelt das Schiedsgericht in planmäßiger Besetzung.
4. Die Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit kann immer nur gegen einzelne Mitglieder des Schiedsgerichts vorgebracht werden. Eine Ablehnung des gesamten Schiedsgerichts ist ausgeschlossen.

5. Wird der/die Vorsitzende des Schiedsgerichts wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt, so wählen die übrigen Mitglieder für dieses Verfahren unter sich eine_n neue_n Vorsitzende_n.
6. Ist ein Mitglied des Schiedsgerichts selbst von einem beantragten Schiedsverfahren betroffen oder an einer zur Verhandlung stehenden Streitsache unmittelbar oder mittelbar beteiligt, so ruht seine Funktion für dieses Verfahren.

§ 8 Kosten des Verfahrens

1. Die Kosten des Schiedsverfahrens werden in der Regel je nach Zuständigkeit von der Ortsgruppe, dem Bezirk, dem Landesverband oder der Bundesgruppe getragen. In begründeten Fällen kann eine andere Kostenverteilung vom Schiedsgericht festgesetzt werden, insbesondere dann, wenn es Berufungsinstanz ist.
2. Die Mitglieder der Schiedsgerichte üben ihr Amt ehrenamtlich aus und haben lediglich Anspruch auf Auslagenersatz nach der Reisekostenordnung der NaturFreunde Deutschlands.

§ 9 Inkrafttreten der Schiedsordnung

1. Diese Schiedsordnung wurde auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands am 5. April 2014 verabschiedet.
2. Sie tritt mit der Verabschiedung anstelle der 1973 beschlossenen Bundesschiedsordnung in Kraft.



C Verbandsentwicklung

Orientierungsrahmen Verbandsentwicklung

Zur Zukunft der NaturFreunde - Tradition und neue Perspektiven

Vorbemerkung

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir viele Kräfte mobilisieren müssen, um den NaturFreunden eine gute und starke Zukunft zu geben. Dazu gehören nicht nur die inhaltliche Profilierung und die verbesserte Kooperation mit anderen Organisationen, sondern auch eine Verbesserung unserer verbandlichen Strukturen. Wenn wir unsere Stärken stärken und uns zugleich unserer historischen Tradition bewusst werden, haben wir eine gute Zukunft. Das wird allerdings nur gelingen, wenn wir uns gemeinsam um Verbesserung bemühen und auf allen Ebenen die dafür notwendigen Aufgaben erfüllen. Deshalb geben wir uns diesen Orientierungsrahmen.

I. Reformbedarf

Die NaturFreunde sind ein Verband mit Tradition, dessen Ideen und Werte auch heute wichtig sind, ja angesichts neuer Herausforderungen neue Aktualität bekommen. Aber wir sind in einer schwierigen, sogar existenzbedrohenden Situation. Wir versuchen seit Jahren mit vielen guten Beiträgen Verbesserungen zu erreichen. Aber der Erfolg ist begrenzt geblieben. Weitergehende Reformen sind überfällig, andernfalls ist unsere Zukunft gefährdet. Das zu verhindern ist unserer aller Verantwortung. Nur zusammen mit den Landesverbänden und der Basis unserer Organisation können wir mehr Mitglieder gewinnen.

Die NaturFreunde haben einen hohen Reformbedarf, um ihr Erbe zu bewahren und ihrem Anspruch und ihren Möglichkeiten gerecht zu werden: Mitgliederschwund, „Überalterung“, unzureichende Finanzausstattung, Modernisierung der Häuser und andere Fragen beschäftigen den Verband und erfordern neue Wege. Wir brauchen ein Klima, das uns voranbringt, denn wir bleiben hinter unseren Möglichkeiten zurück.

Maßstab unserer Arbeit muss die gute Zukunft des Gesamtverbandes sein. Das gilt für alle Mitglieder und für Ortsgruppen, Landesverbände und den Bundesvorstand - jeder nach seinen Möglichkeiten, aber alle für die NaturFreunde. Für die NaturFreunde ist entscheidend: eine konstruktive und solidarische Zusammenarbeit mit kreativen Ideen und einem klaren Profil. Daran müssen wir uns alle messen lassen.

II. Tradition und Zukunft

Die NaturFreunde verstehen Geschichte - auch unsere eigene Geschichte - als Auftrag. Unsere Zeit steht vor neuen großen Herausforderungen, die auch von uns neue große Antworten verlangen. Die sozial-ökologische Transformation, die für ein gutes Leben notwendig wird, ist eine Chance für unseren Verband, vor dem Hintergrund unserer Geschichte und unserer Ideen auch künftig eine wichtige Rolle zu spielen, wenn wir im Sinne von Jean Jaurès die Flamme des Fortschritts immer wieder neu befeuern.

Das ist noch schwieriger geworden, denn wir leben in einer Zeit, in der nur das Ereignis zu zählen scheint, Zusammenhänge werden kaum noch beachtet, Deutungen nicht gegeben. Wir müssen Ursachen erkennen, Zusammenhänge verstehen, den Menschen gute Angebote machen und Perspektiven für ein gutes Leben aufzeigen. Das ist unsere Geschichte und das ist auch unsere Zukunft.

Als die NaturFreunde vor mehr als 100 Jahren gegründet wurden, war das eine Zeit, in der Niedergang und Aufbruch eng nebeneinander lagen. Der Aufstieg ist eng mit unserem Leitziel der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Heute haben wir es mit neuen Herausforderungen zu tun, sie gefährden auch das Erreichte. Mitte der 1970er-Jahre war der Wendepunkt in der Geschichte des Nachkriegskapitalismus. Die Zeit des außergewöhnlichen Wachstums war vorbei. In Deutschland begann der

Wandel von der sozialen Marktwirtschaft zum globalen Arbitragekapitalismus, der systematisch Unterschiede in Zeit und Raum ausbeutet und der Beginn spekulativer Exzesse war, die mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman-Brothers im September 2008 ihren bisherigen Höhepunkt erreichten.

Im Jahrzehnt später begannen die Globalisierung der Märkte und die Digitalisierung der Welt. Die Demokratie wurde geschwächt. Die Erwartungen der Märkte wurden zum Maßstab politischer Entscheidungen. Weil der Keynesianismus der Nachkriegszeit mit der Verschuldung der öffentlichen Hand an Grenzen geriet, sind neue Antworten notwendig. NaturFreunde sind dazu da, richtige Deutungen unserer Zeit zu geben – im Geist der Aufklärung und Vernunft.

III. Drei große Herausforderungen

Die Politik reagiert auf die multiplen Krisen, die vom Klimawandel bis zur Eurokrise reichen, von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen bis zur wieder zunehmenden sozialen Ungleichheit, mit kurzfristigen Maßnahmen, die kein Problem lösen können. Sie reagiert, statt Wirtschaft und Gesellschaft sozialökologisch zu gestalten. Auch der vergangene Bundestagswahlkampf war ein Wahlkampf mit Themen von gestern, der nicht über den Tellerrand hinausgeschaut hat.

Dabei kommen drei große Herausforderungen zusammen:

1. Die Fehler in der Fortschrittsidee der europäischen Moderne, die sich über Jahrhunderte in unserem Bewusstsein festgesetzt haben: die Naturvergessenheit, die den Menschen über die Natur (Herr und Meister) stellt, und der bedingungslose Glaube an Linearität, also an eine ständige Vorwärtsbewegung der Gesellschaft durch technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum;
2. die Janusköpfigkeit der Moderne, bei der die technisch-ökonomische Dynamik immer wieder über die gesellschaftliche Ordnung hinaustreibt und deshalb politisch gestaltet werden muss, damit es nicht zu schweren Erschütterungen und Krisen kommt. Mit der Komplexität der

modernen Gesellschaft und den Fernwirkungen unseres Handelns haben die Anforderungen an die Koordination weiter stark zugenommen;

3. die erneute „Entbettung der Ökonomie“ durch den Finanzkapitalismus aus gemeinschaftlichen Bindungen (Karl Polanyi). Dadurch kommt es zur globalen Marktgesellschaft, die die sozialen und ökologischen Anforderungen missachtet.

Diese Herausforderungen bewerten die NaturFreunde als Epochenbruch. Das geht weit über eine Krise hinaus. Wir leben in einer radikal veränderten Welt, die neue Antworten erfordert, ohne die erreichten sozialen Erfolge zu verspielen. Doch unsere Zeit wurde programmatisch mehr und mehr entleert. Entweder kommt es zu grundlegenden Reformen oder zu erbitterten Verteilungskämpfen und neuen Formen der Gewalt. Die Alternative heißt gestalten oder zerstören. Deshalb streiten wir für eine starke Demokratie und eine politische Gesellschaft.

Die NaturFreunde verstehen sich als ein *Verband der Nachhaltigkeit*. Wir sind gefordert, sowohl eine Deutung unserer Zeit zu geben als auch die Perspektiven eines neuen Fortschritts aufzuzeigen. Von daher schauen wir nicht nur zurück, wir sind nicht nur ein Wander- und Freizeitverband, sondern auch ein politischer Verband.

IV. Verantwortung in der Menschenzeit

Politisch sein heißt, Zusammenhänge verstehen. So beschreibt in dem Bankentück von Andres Veiel „Das Himbeerreich“ der gefeuerte Insider Gottfried W. Kastein das Versagen der letzten Jahrzehnte, in denen aus Finanzgier und Egoismus immer neue Prozesse in Gang gesetzt wurden, ohne die Folgen zu kennen.

NaturFreund sein heißt, Zusammenhänge verstehen. Wir leben heute im menschlich gemachten Neuen. Paul J. Crutzen spricht von der Geologie der Menschheit, weil der Mensch zum stärksten Treiber geologisch-ökologischer Prozesse aufgestiegen ist. Seine technisch-wirtschaftlichen Kräfte kommen den Naturgewalten gleich, aber ohne die Fähigkeit zu haben, die natürlichen Prozesse immer wieder von neuem zu stabilisieren. Die Klimaänderungen, die Rohstoffverknappung, die weltweite Armut,

wachsende Migrationsbewegungen und weitere 1,5 Milliarden Erdbewohner können unter den heutigen Wirtschaftsstrukturen, Machtverhältnissen und Konsumformen negative Synergien erzeugen, deren Auswirkungen jenseits unserer Vorstellungskraft liegen. Und den Folgen kann sich niemand entziehen, aber sie fordern uns schon heute heraus.

Um die Gefahren zu bewältigen, sind nicht nur schärfere Umweltgesetze und bessere Technologien notwendig, sondern in erster Linie eine aufgeklärte Solidarität, die der öffentlichen Wohlfahrt absolute Priorität vor privatem Reichtum einräumt. Dafür muss es nicht nur zur Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft kommen, sondern muss auch der auswuchernde Konsum überwunden werden, damit es zu einer Welt kommt, die weder Mangel noch Übermaß kennt. Wer die Erderwärmung stoppen und Ressourcenkriege verhindern will, der muss eine Koalition mit den Kräften eingehen, die für eine Abschaffung der Armut streiten. Tatsächlich führt der Klimawandel einen Krieg gegen die Menschheit.

Die NaturFreunde setzen sich dafür ein, dass wir uns an dem Notwendigen orientieren und nicht an dem scheinbar Machbaren. Wer die Fakten kennt, kann nur zu dem Fazit kommen: entweder wir kämpfen jetzt für das scheinbar Unmögliche oder wir machen uns zu Komplizen absehbarer Katastrophen.

Die NaturFreunde, die immer ein Verband der Solidarität und der sozialen Emanzipation waren und heute die Idee der Nachhaltigkeit vertreten, sind nicht überholt. Wir stellen uns den gesellschaftlichen Herausforderungen. Darin unterscheiden wir uns von anderen Umweltverbänden. Ohne eine Demokratisierung der Wirtschaft, ohne einen Umbau der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung, ohne einen starken öffentlichen Sektor wird es keine gute Zukunft geben. Unser Weg ist noch lange nicht zu Ende, aber er braucht neue Pfade.

Wir wollen nicht akzeptieren, dass das Notwendige nicht machbar ist, während das scheinbar Machbare weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Deshalb wollen wir die Demokratie und Partizipation.

V. Vier Schlussfolgerungen

Im Bundesausschuss haben wir mit Blick auf unsere gemeinsame Verbandsentwicklung vier Schlussfolgerungen gezogen, an denen wir gemeinsam arbeiten wollen:

1. **Wir NaturFreunde sind ein politischer Verband.** Das ist nicht parteipolitisch zu verstehen, wohl aber in dem Sinne, dass wir wichtige gesellschaftliche Zusammenhänge thematisieren und von einem sozialen Grundverständnis ausgehen und uns für Veränderungen einsetzen. Wenn wir unsere kulturellen und sportlichen Aktivitäten auf unser Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten, haben wir ein Alleinstellungsmerkmal.
2. **Wir müssen die von uns angestoßene Transformationsdebatte fortführen und vertiefen.** Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, wie zum Beispiel unsere Ausarbeitung zum Ende des Ölzeitalters oder – ganz praktisch – klimaverträglichere Naturfreundehäuser, die wir aber mit unserem sozialen Grundverständnis verbinden. Hierbei suchen wir insbesondere die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Initiativen.
3. **Wir wollen unsere Attraktivität als Verband für nachhaltiges Reisen und Natursport stärken.** Natursport, nachhaltiges Reisen und unsere Naturfreundehäuser gehören zu unseren Aushängeschildern. Darüber finden Menschen zu uns – und bleiben bei uns. Wir wollen diese Bereiche professioneller ausbauen, um für unsere eigenen Mitglieder, aber auch die Mitglieder von Verbänden, die aus derselben Traditionslinie kommen, attraktiver zu sein.
4. **Wir wollen unsere aktiven NaturFreunde qualifizieren.** Das Leiten von Naturfreundehäusern, Ortsgruppen und Reisen ist eine große Herausforderung für jeden von uns. Wir wollen unsere ehrenamtlich aktiven NaturFreunde mit diesen Aufgaben nicht alleine lassen, sondern sie durch gezielte Qualifizierungsangebote und Beratungen für ihre Aufgaben rüsten.

V. Naturerlebnis, Natursport, Natur- und Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Unsere Aufstellung wird durch Natur- und Umweltschutz geprägt. Satzungsmäßig sind alle Aktivitäten der NaturFreunde unter den Vorbehalt der Vereinbarkeit mit den Zielen des Umwelt- und Natur-

schutzes gestellt. Unser Ziel ist in dieser Aufstellung besser und profilierter zu werden. Das Mehr an Natur- und Umweltschutz, das die NaturFreunde etwa bei Reisen und Sport zu bieten haben, muss klar erkennbar werden. Die Integration des Natur- und Umweltschutzes in das Alltagsleben der NaturFreunde ist profilbildend und werbend für den Verband.

Die NaturFreunde positionieren sich zu umweltpolitischen Fragen, wobei unser Anspruch ist, den eigenen Angeboten ein spezielles Umwelt- und Naturschutzprofil zu verleihen. Dies macht sie unterscheidbar von Angeboten anderer Anbieter. Dies spricht für die stärkere Integration des Naturschutzes in die Alltagsarbeit und das Wegkommen vom Ressortdenken. Mehr „nature bzw. environmental mainstreaming“ statt der Pflege von reinen Expertenzirkeln. Gleichzeitig gilt es aber auch unsere Experten, die es vielfältig in der Mitgliedschaft gibt, über das Internet zu vernetzen. Gute Ansätze aus dem Naturschutz wie z. B. die Natura Trails müssen über das Beschreiben von Artenvielfalt auf Naturpfaden hinausgehen. Sie werden für den Verband erst wirkungsmächtig, wenn sie mit einem Aktivangebot der NaturFreunde verknüpft sind, das geeignet ist, Menschen direkt zum Mitmachen einzuladen.

Das Tätigkeitsfeld Naturerlebnis, Natursport, Naturschutz, Nachhaltigkeit im Naturfreundehaus und natur- und sozialverträglicher Tourismus gehört zusammen und muss von uns als das Angebot der NaturFreunde auch zusammen kommuniziert werden.

VII. Verbandsentwicklung

Wir sehen einen großen Handlungsbedarf sowohl in Hinblick auf die Bindung vorhandener Mitglieder und Gewinnung neuer Mitglieder als auch auf die Entwicklung stabiler und finanzierbarer Verbandsstrukturen.

Die NaturFreunde Deutschlands sind ein regional verankerter Verein. Dies ist unsere Stärke und Schwäche zugleich: Dort, wo vor Ort interessante Angebote entstanden sind, sind wir stark. Gleichzeitig macht die Dezentralität eine Steuerung der Verbandsentwicklung und Mitgliederentwicklung von der Bundesebene wie von der Landesebene her

schwierig. Es geht nur, wenn die Räder ineinander greifen.

Viel existiert und passiert bisher nebeneinander, ohne dass es eine ausreichende Koordination gibt und ein verbindendes Ziel all dieser Aktivitäten sichtbar wird. Es fehlt eine durchdachte realistische Aufgabenverteilung, auch eine konstruktive Aufgabenkritik!

Es stellt sich die Frage: Gibt es uns noch wegen oder trotz dieser Vielfalt?

Ein **Blick in die Zukunft** erlaubt verschiedene Perspektiven:

1. Variante sinkende Mitgliederzahlen mit der Folge: Verlust an Einfluss und Bedeutung, Präsenz nur noch in wenigen Regionen: Weiterbestand der starken, kreativen, aktiven Ortsgruppen. In diesem Szenario werden wir zumindest eine Struktur erhalten oder schaffen müssen, die die Vernetzung der noch vorhandenen NaturFreunde übernimmt.
2. Variante gewachsene Mitgliederbasis auch durch strukturell stark veränderte Mitgliedschaft: Bindung der schon vorhandenen Nutzer von naturfreundlichen Dienstleistungen, wie Naturfreundehäusern, Reisen, Wanderungen, Jugendmaßnahmen usw., in einer Mitgliedschaft. So wäre die Zahl der NaturFreunde in Deutschland um Dimensionen größer als heute. Diese Mitglieder wären allerdings stärker nutzende als gestaltende Mitglieder, so dass hier eine andere Form der Mitgliedschaft zu entwickeln wäre. Die Mitglieder würden zukünftig nur zu einem Teil in den Ortsgruppen gebunden sein, aber zum Großteil über Dienstleistungsangebote: Sport, Reisen, Kultur, Projekte.

In beiden Szenarien werden wir nur bestehen können, wenn wir vielfältig kooperativ, vielfältig finanziert, professionell und kampagnenfähig sind. Als weiter auszubauende Stärken bringen wir ein: die Kombination aus Gesellschaftspolitik, Nachhaltigkeit, Häusern, Sport, Reisen, Ehrenamt und Ausbildung! Klarheit, aktive Netzwerkarbeit und effektive Dienstleistungen kennzeichnen dieses Verbandsmodell. Es öffnet sich stärker für Aktivitäten außerhalb der Häuser und nutzt unsere Möglichkeiten systematisch.

Wir sind überzeugt davon, dass ein moderner Verband nur eine Chance hat, wenn er sich auch als (profitabler) Dienstleister versteht! Dazu gehört es, das Profil des Verbandes beständig fortzuentwickeln, seine Identität zu schärfen, eine Marke zu entwickeln.

Die Naturfreundejugend trägt ebenfalls zum Profil des Gesamtverbandes bei. Mit ihren Aktivitäten ergänzt und erweitert sie das Angebot zu den Schwerpunktfeldern und bestärkt so den Anspruch als intergenerationeller Verband. Sie arbeitet dabei eng mit den Arbeits- und Vorstandsbereichen zusammen, um deren Aktivitäten auch jungen Mitgliedern bis einschließlich 26 Jahren altersgerecht zugänglich zu machen. Die Jugendarbeit der NaturFreunde wird von der Naturfreundejugend eigenständig im Rahmen der gemeinsamen Verbandsziele, an deren Ausarbeitung sie beteiligt ist, organisiert. Außerdem unterstützt und ermöglicht sie die altersgerechte Arbeit der Teilgliederungen durch inhaltliche, konzeptionelle, fachliche und finanzielle Unterstützung. Zentrale Merkmale der Jugendarbeit sind die Selbstorganisation junger Menschen, die Sensibilisierung für soziale und ökologische Fragen sowie die Ermöglichung von Teilhabe und Mitbestimmung – insbesondere auch für sozial benachteiligte junge Menschen.

VIII. Menschen Teilhabe und Mitgliedschaft ermöglichen

Die NaturFreunde müssen verstehen, dass Menschen heute ihr soziales Leben anders gestalten als vor 40 oder 50 Jahren. Nicht mehr die Milieugebundenheit steht im Vordergrund der Frage, ob und wie sich Menschen organisieren. Deshalb wäre es grundlegend falsch, den einen Zugang zu den NaturFreunden über die klassische Ortsgruppe zu verabsolutieren. Wir müssen als NaturFreunde alle, alte und neue, Wege öffnen, die zu einer Mitgliedschaft bei uns führen. Dabei gibt es keine unterschiedlichen Wertigkeiten der Mitgliedschaft. Mitglied ist Mitglied.

Wir wissen, dass je kleiner die Gruppen vor Ort werden, desto mehr stehen auf der einen Seite über viele Jahre gepflegte Freundschaften, aber auch Animositäten im Vordergrund. Beide können ausgrenzenden Charakter für neu Hinzukommende

darstellen. Dort, wo wir in der Ortsgruppe breit aufgestellt sind, ein generationenübergreifendes oder vielfältiges Angebotsspektrum bieten können, eröffnen wir auch vielfältige Anknüpfungspunkte für interessierte Bürger, die sich engagieren wollen, die Natursport treiben wollen usw. Dazu brauchen wir in der Regel größere Gruppen. In manchen Bereichen aber hat sich die Organisation so entwickelt, dass sie aus vielen, atomisierten Gruppen, die wenig Entwicklungspotential zeigen, und wenigen größeren Einheiten besteht. Dies ist kein Zukunftsmodell, denn gerade kleinere, traditionelle Gruppen neigen zur Abgrenzung, haben eine Mitgliedschaft mit hohem Durchschnittsalter und stehen in der Gefahr der Auflösung, wenn langjährige Vorstandschaften auslaufen.

Darauf zu setzen, dass aus diesen Strukturen in den nächsten Jahren ein deutlicher Zuwachs von Mitgliedern entsteht, wäre für die Organisation sehr gefährlich. Es steht daher in der Verantwortung nicht nur des Bundesvorstandes, sondern insbesondere auch der Landesvorstände, nach neuen Wegen der Teilhabe und Mitgliedschaft zu suchen. Deshalb müssen alle Wege der Mitgliedschaft ohne jede Diskriminierung beschritten werden, wenn die NaturFreunde eine Zukunft haben wollen.

Mitglieder sind auf Bundesebene außer den Landesverbänden nach Artikel 8 der Satzung

- Direktmitglieder,
- Schnuppermitglieder,
- Fördermitglieder,
- korporative Mitglieder.

IX. Drei Schwerpunkte

Diskussionen in Ortsgruppen, Landesverbänden und auch in Bundesausschüssen zeigen: Wir NaturFreunde leben auf und von **drei zentralen Arbeitsfeldern**: Der **sozialökologischen Politik**, dem **nachhaltigen Tourismus** und dem **geselligen, kulturellen Verbandsleben!** Häufig überschneiden sich diese Arbeitsfelder. Sie erfordern ein hohes Maß an **Professionalität** und den Mut zu moderner **Projektarbeit**. Dagegen schränken zu viele und enge Strukturen die Handlungsfähigkeit ein, reduzieren die Reaktionsgeschwindigkeit und schrecken potentielle neue Mitglieder ab.

1. **Sozialökologische Politik** bedeutet: Engagement für mehr Gerechtigkeit und Umverteilung bei gleichzeitigem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir haben fundierte Positionen zur zukunftsfähigen Gestaltung unserer Gesellschaft und vertreten diese in unterschiedlichen Bündnissen. Dabei spielt die Idee einer solidarischen Transformation eine besondere Rolle.
2. **Nachhaltiger Tourismus** gliedert sich durch die beiden zentralen Standbeine Häuser und Natursport. Wir haben eine attraktive und gestaltbare Infrastruktur und verfügen über eine große Zahl bestausgebildeter Übungsleiter und Trainer - hier haben wir große Potentiale, uns profitabler aufzustellen.
3. **Aktives Verbandsleben** bedeutet für uns das Knüpfen und oft jahrzehntelange Pflegen von Freundschaften und das Gestalten einer konsumarmen und erlebnisreichen Freizeit.

Professionalität zeichnet sich u. a. aus durch: qualifiziertes Hauptamt, qualifiziertes Ehrenamt, Personalentwicklung, Adressatenorientierung, gute Aus- und Fortbildung und Personenunabhängigkeit der Arbeit und der Strukturen. Gute und verlässliche Organisationsstrukturen, Spaß und Begeisterung ermöglichen es: besser zu sein, Unterstützung zu gewährleisten, Entlastung zu bieten, positiven Umgang zu pflegen und Regeln festzulegen. Professionalität schafft Strukturen, die zu den Menschen/Mitgliedern passen! Wichtiges Handwerkszeug sind für uns: Aufgabenkritik, regionale Konferenzen, Gespräche und motivierende Intervention.

Projektarbeit ist das selbstständige Bearbeiten einer Aufgabe oder eines Problems durch eine Gruppe von der Planung über die Durchführung bis zur Präsentation des Ergebnisses. Projektarbeit ist eine Methode demokratischen und handlungsorientierten Arbeitens und Lernens. Projektarbeit setzt in einem Verband allerdings ein hohes Maß an Professionalität voraus, denn sie erfordert weitsichtige Planung, sensible Steuerung und ein gutes Ressourcenmanagement, auch Netzwerke und gute Informationsbeschaffung. Die Chancen für unseren Verband sind überzeugend: Hohe Bindungsfähigkeit, große Engagementbreite, großes Mobilisierungspotential, zielgenaue Wirkungen, vielfältige Ansprachen. Dabei ist uns eine zielgruppengerechte Arbeit wichtig, die unserem Verband zugute kommen.

X. Künftige Arbeitsbereiche

Unsere jetzige Verbandsstruktur soll auf drei Arbeitsbereiche konzentriert werden:

- **Arbeitsbereich Politische Strategie und gesellschaftliche Bildung** für Veranstaltungen, Diskurse, Beratung, Aktionen. Hier werden programmatische Vorschläge entwickelt, politische Netzwerke geknüpft, Bündnisse geschmiedet. Hier setzen wir eine politische Marke mit bundesweiter Orientierung (z. B. der Transformationskongress und was daraus folgt)! Unsere Natur- und Umweltschutzpositionierungen, unsere gesellschaftspolitischen Bewertungen und Alternativen, unsere Visionen, Entwürfe und politischen Modelle werden von hier in den öffentlichen Diskurs eingespeist.

Neben der Vernetzung in den Bereichen Nachhaltigkeit und Transformation wird besonders auf die Bildungsarbeit in den Verband hinein fokussiert. Der Arbeitsbereich soll dabei eine wahrnehmbare politische Schwerpunktsetzung haben (regionale Konferenzen). Hier werden interessierte Mitglieder des Verbandes sowie Wissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker zusammengeführt.

Das zentrale Problem unserer Zeit ist der Mangel an gesamtgesellschaftlichen Entwürfen zur Gestaltung und Entwicklung unserer Gesellschaft. Niemand hat mehr den Mut, zusammenhängende Zukunftsentwürfe zu erarbeiten - niemand hat mehr Visionen! Die NaturFreunde haben hier ihre große Chance, Möglichkeit, aber auch eine historische Verpflichtung. Wir haben eine ehrenvolle Tradition, wir arbeiten in politischer und sozialer Verantwortung, wir entwickeln alternative Lebensentwürfe im Tourismus, im Sport und in der Kultur: Wir wollen ein gesellschaftspolitischer Umweltverband sein, der nicht nur in dem einen oder anderen Segment agiert. Wir leben unsere Entwürfe und Vorstellungen von Gerechtigkeit, Freiheit und Nachhaltigkeit alltäglich in unseren Naturfreundehäusern, in unserem Reiseangebot, in unserem Sportangebot, in gelebter Solidarität mit den „Ländern des globalen Südens“. Wir bündeln Vielfalt und Differenziertheit in einer „neuen“ gesellschaftspolitischen Erzählung und durch beispielgebende Aktivitäten!

– **Arbeitsbereich für Häuser und Angebote im Bereich Natursport und Reisen.**

„Premium“-Angebote orientieren sich auch an den Angeboten von Mitanbietern. Hier können wir ausgearbeitete Angebote mit durchgehender Betreuung durch Wanderführer oder andere ausgebildete Sportler, Umweltexperten, Kulturmacher anbieten.

Hier wollen wir auch Geld für unsere Verbandsentwicklung verdienen, hier sollen Angebotslücken geschlossen und neue Zielgruppen erreicht werden. Auch hier ist der Blick ein bundesweiter, ja vielleicht ein internationaler. Eine große Chance auch für altersspezifische Angebote! Hier wollen wir schon vorhandene Ansätze (P19, Reisen, Sportangebote ...) weiter professionalisieren. Professionalisieren heißt hier, ein explizites Dienstleistungsverständnis zu entwickeln, sich aktiv und bewusst nach „außen“ zu öffnen, übergreifende Zusammenarbeit zu entwickeln, Know-how dort einzusetzen (vielleicht auch zu konzentrieren), wo es gebraucht wird, gezielt vernetzt zu arbeiten. Diese Arbeit muss angeleitet, unterstützt und betreut werden. Wir brauchen dazu eine zentrale Einheit für professionelles Marketing und die Steuerung des Vertriebs. Dazu gehört auch ansatzweise mit besserer Werbung zu arbeiten wie ein Reisebüro oder ein Tourismusverband. Im Kleinen passiert dies schon an vielen Stellen – wir brauchen aber ein bundesweites und bundeseinheitliches Erscheinungsbild und Angebot.

Wie eine solche Entwicklung konkret aussehen kann, zeigen wir bereits im Natursport, wo die ersten Schritte auf neuen Pfaden beschritten worden sind:

- * **Wir wollen „uns“ bewegen.** Die Fachgruppen haben sich in den Ausbildungsrichtlinien angeglichen. Die Ausbildungen werden zentral auf Bundesebene durchgeführt und entsprechen den Rahmenrichtlinien des DOSB. Dadurch haben sich auch die Qualifikationen geändert. Die Ausbildungsgänge schließen überwiegend mit einer Trainerausbildung ab. Unsere Ausbildung ist daher national und international anerkannt.
- * **Neu in der Organisation.** Seit einigen Jahren gibt es ein gemeinsames Ausbildungspro-

gramm aller Fachgruppen. Mit diesem Ausbildungsprogramm haben die Mitglieder einen Überblick über alle Angebote des Fachbereichs Sport auf Bundesebene. Es ist mit diesem Programm erstmals möglich, die guten fachlichen Angebote unseres Verbandes nach innen und nach außen darzustellen.

- * **Verbindung mit der Jugend.** Mit der Naturfreundejugend gibt es erste Kooperationen. Wir haben vereinbart, sportliche Aktivitäten gegenseitig zu bewerben und zu veröffentlichen. Weiterhin wollen wir künftig bei der Jugendleiterausbildung zusammenarbeiten und jeweils inhaltlich eine sportliche Ausbildung anbieten.
- * **Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen.** In einigen Fachgruppen gibt es Absprachen und auch Kooperationsverträge mit anderen Verbänden. So haben die NaturFreunde z. B. mit dem Deutschen Skiverband, dem Turnerbund und dem Leichtathletikverband einen Kooperationsvertrag über eine gleichgestellte Ausbildung zum »Trainer C – Nordic Walking« geschlossen. Auch mit einigen Wanderverbänden bestehen Gegenseitigkeitsabkommen. Wir legen besonderen Wert auf Sicherheit bei unseren Ausbildungsangeboten und sind Mitglied im Bayerischen Kuratorium für Alpine Sicherheit.
- * **Übergreifende Angebote.** Gut angenommen werden fachgruppenübergreifende Angebote, wie z. B. das Sommercamp, das die Fachgruppen Bergsport und Kanusport gemeinsam ausrichten, oder auch das Wintercamp, das Bergsport und Schneesport veranstalten.
- * **Zukunft:** Die Ausbildungsangebote auf Bundesebene sind fachlich gut und decken alle von unserem Verband durchgeführten Sportbereiche ausreichend ab. Eine Umsetzung innerhalb unseres Verbandes müsste erheblich verbessert werden. Für den Einsatz unserer Trainer, Wanderleiter und Übungsleiter sind die Ortsgruppen und Landesverbände verantwortlich. Gerade für eine erfolgreiche Mitgliedergewinnung sind gute Angebote an der Basis unerlässlich. Nur durch gute Angebote unserer Ortsgruppen können wir neue Mitglieder gewinnen und somit unseren Verband wieder stärken. Wir erwarten uns da-

her für die Zukunft eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, um das Ausbildungsangebot des Natursports entsprechend umsetzen zu können.

- **den Mitgliederbereich** als die bewusste lokale und regionale Ausrichtung unserer Angebote, mit qualifiziertem ehrenamtlichem Einsatz; häufig in Naturfreundehäusern. Hier wird Geselligkeit gelebt und werden Freundschaften gepflegt. Dieser Teil der Vereinskultur ist von der Bundesebene nicht steuerbar, kann aber durch gezielte Unterstützung, wie Qualifizierungsangebote für Vorstände oder auch Beratungen in Rechts- und Versicherungsfragen, stabilisiert werden. Hier wird ein Ausbau des hauptamtlichen Personals zur Freiwilligenbetreuung notwendig. Die praktische, handlungsorientierte Seite unserer Natur- und Umweltschutzaktivitäten bleibt hier verortet, auch Sport und Kultur haben hier ihren Platz. Dieser Bereich des Verbandes lebt von der Vielfalt an Projekten: Natura Trails, Flusslandschaften, lokale Umweltbündnisse, Energieaktivitäten, Geschichtswerkstätten, Musik ... Das sind Projekte, die den Verband auszeichnen und ihn lebendig sein lassen. Projekte, die Mitglieder aktivieren, gewinnen und binden. Projekte, die unser Erscheinungsbild in der regionalen Öffentlichkeit prägen.

Neben den Projekten gibt es eine Fülle unterschiedlichster Anforderungen an den Mitgliederbereich: Unsere Mitglieder suchen in ihren Aktivitäten Kultur, Anerkennung, Aufmerksamkeit, Zugehörigkeit, soziales und ökologisches Engagement, politische Aussage, Einmischung. Neue Mitglieder binden sich allerdings nicht mehr automatisch an Ortsgruppen, sondern werden über und an Angebote im Bereich Häuser, Reisen und Wandern gebunden. Zu überlegen ist, wie die beste Bindung möglich ist. Hierbei scheinen bisherige Modelle nur eingeschränkt sinnvoll. Diese Mitglieder sind in vielen Fällen auch eher Nutzer, Kunde, Gestalter oder Projektmitglied. Sie verlangen neue Angebote und reagieren auf die Professionalität bei Angeboten in Häusern, Sport und anderen Projekten. Die Kommunikationswege werden komplexer: Brief, Telefon, Internet, Facebook, Twitter ... Die Anforderungen an die Vorstände steigen – deren Belastbarkeit muss beachtet werden. Hilfe, Bera-

tung, Begleitung, Information, Training etc. müssen von Bundesebene und Landesverbänden organisiert werden. Vernetzung und Austausch, Kooperation und Entlastung sind angesagt – Hilfen, die regional gegeben werden müssen, aber auch zentral organisiert werden können!

Wir brauchen eine gute Unterstützung und Begleitung des Ehrenamtes. Wir müssen hier dringend über neue Strukturen nachdenken: Überregionale Verwaltungsstellen, regionale Betreuungszentren, bundesweite Hilfen. Dazu gehört aber auch eine einheitliche Mitglieder- und Finanzverwaltung!

Der Mitgliederbereich ist, in einem Bild gesprochen, der Körper unseres Verbandes – der Bereich „Politische Strategie“ und der Bereich „Häuser und Angebote im Bereich Natursport und Reisen“ sind die dazu gehörenden Beine, um den Körper mobil zu erhalten.

Maßgaben für die nächsten Aufgaben

In der weiteren Entwicklung sind Maßgaben:

- Es ist ein Prozess, an dem Bundesverband und Landesverbände gemeinsam beteiligt sind. Dazu wird eine Steuerungsgruppe eingerichtet.
- Wir wollen nicht nur reden, sondern auch handeln.
- Aufgabenkritik, Qualitätsentwicklung, klare Aufgabenbeschreibungen und Entwicklungsschritte sind Leitbegriffe für diesen Prozess.
- Mitgliedergewinnung ist das wichtigste Anliegen.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung sind viele mangels Mobilität und Flexibilität verödet und abgestorben – andere aber haben sich auf den Weg gemacht und dabei erfolgreich Ziele erreicht! Wir können das auch! Unsere Zukunft liegt in der Öffnung und der „gesellschaftspolitischen Erzählung“! Auf Bundesebene und darüber hinaus bietet sich eine Neuausrichtung der Fachbereiche auf ein gemeinsames Angebot von Politik, Naturerlebnis, Natursport und nachhaltigem Tourismus an, die Ressortdenken überwindet und den Verband für Nachhaltigkeit gemeinsam kommuniziert und erlebbar macht. Dabei muss das „Wir“ im Mittelpunkt stehen – innerverbandlich und intergenerationell.



Weitere Vorschläge und Materialien zum Orientierungsrahmen:

Die Anträge „Verbandsentwicklung - Aufgabenzuordnung - Restrukturierung“ und „Strukturentwicklung und Ausbau des Natursports bei den NaturFreunden“ werden an den Bundesausschuss verwiesen, mit der Maßgabe diese als Vorschlagsammlung und Arbeitspapier für die weitere Diskussion insbesondere in der Steuerungsgruppe für

die Umsetzung des „Orientierungsrahmen Verbandsentwicklung“ zu nutzen und einzubeziehen.

Die Anträge „Marketingmaßnahmen Neue Mitglieder/Supporter/Kunden“, „Reiseveranstalter für NaturFreunde-Basisgruppen“ und „Einrichtung einer HausleiterInnen-Ausbildung“ fließen als Material in den „Orientierungsrahmen Verbandsentwicklung“ ein.



Natursport zum Markenzeichen der NaturFreunde auf allen Ebenen entwickeln

Natursport ist ein Aushängeschild und Markenzeichen der NaturFreunde auf allen Ebenen. Natursport muss in seiner gesamten Breite durch charakteristische Angebote verstärkt als Instrument der Mitgliederbindung und Mitgliederentwicklung eingesetzt werden.

Die NaturFreunde sind als Verband besonders gut in der Lage, auf Grund ihrer Tradition, ihrer hohen sportlichen Qualifikation und ökologischen Orientierung, ein qualifiziertes und flächendeckendes Natursport-Angebot zu entwickeln.

In der Kombination mit unseren Naturfreundehäusern ergibt sich eine überzeugende Symbiose: nachhaltiger Sport an nachhaltigen Standorten zu sozialverträglichen Preisen. Dies ist leitbildfähige NaturFreunde-Arbeit, prägend für die jeweilige Umgebung und zeitgemäß.

Schon für die Gründer der NaturFreunde-Bewegung gehörte der regelmäßige Gang in die Natur - wandernd, kletternd, ... - zum festen Bestandteil des NaturFreunde-Lebens, als politischer Ausdruck, der sich bis heute in unserem Gruß „Berg frei“ spiegelt und als Ausgleich zum harten, körperlich belastenden Arbeitsalltag diente. Unser Arbeitsalltag heute verlangt wieder stark nach diesem positiven Ausgleich, nach Natursport.

Natursport hat neben seinem bedeutenden Faktor als gesellige Freizeitgestaltung auch noch einen hohen gesundheitlichen Wert: Stärkung der Koordination und Kraft, Verbesserung des Immunsystems und des Stoffwechsels und vieles mehr. Unsere Natursport-

Angebote haben einen hohen Erlebniswert beim Kanufahren, beim Klettern, beim Skifahren, ... und das alles - und nur bei uns - ökologisch verträglich!

Der Natursport der NaturFreunde ist aber etwas anderes als nur eine andere Spielart von Outdooraktivitäten. Die NaturFreunde sehen sich in einer Traditionslinie mit der skandinavischen Friluftsliv-Bewegung. Die Philosophie des Friluftsliv geht über die reine sportliche Aktivität hinaus, indem der Aufenthalt in der Natur mit verschiedensten Aktionen in den Vordergrund gerückt wird und die Idee des naturbezogenen Lebensstils an Bedeutung gewinnt. Friluftsliv eröffnet sowohl im verbandsorientierten Rahmen als auch in pädagogischen Zusammenhängen die Möglichkeit, einen „natürlichen“ und gesundheitsorientierten Lebensstil zu fördern - auch eine Brücke vom Sport zu unseren Naturfreundehäusern! Aktivitäten ohne falschverstandenen Leistungsdruck, aber mit viel Freude und Spaß.

In diesem Sinne können sehr viele Aktivitätsformen, die in Natur und Landschaft ausgeübt werden, dem traditionellen Friluftsliv und dem spezifischen Sportverständnis der NaturFreunde zugerechnet werden, sofern sie mit einer Haltung betrieben werden, die sich an den folgenden fünf Prämissen orientiert:

- Man lebe draußen in natürlicher Umgebung.
- Man brauche keine technischen (motorgebundenen) Fortbewegungsmittel.
- Der ganze Mensch soll gefordert werden.
- Es gibt kein Konkurrenzdenken.
- Man vermeide der Natur zu schaden bzw. sie zu verschmutzen.

Die Friluftsliv-Bewegung soll bei den NaturFreunden eine Plattform erhalten und das in der heutigen Form bestehende Natursportangebot der NaturFreunde ergänzen.

Das Sportverständnis der NaturFreunde ist frei von falschem Leistungsdruck. Sportler und Sportlerinnen aus unseren Reihen erbringen herausragende Leistungen. Wir sind aber gegen die „Leistungs- und Geldmaschine Sport“ der internationalen Verbände. Wir wollen auch etwas leisten, aber ohne uns oder die Umwelt zu zerstören.

Die sportliche, gesellige Teilnahme an unseren Angeboten erfährt keine Einschränkungen durch Alter, Geschlecht oder Behinderung. In unserem Natursport bündeln sich drei wichtige Aufgaben/Aktivitäten unseres Verbandes: Bewegung, Geselligkeit und Umweltschutz. Viele andere Verbände sind einseitig spezialisiert - wir sind vielfältig, wertorientiert und traditionsbewusst. Wir können deswegen neben fachlicher Qualifikation auch Lebenssinn vermitteln

und politische Orientierung bieten, denn wir sind auch Träger einer umfassenden Transformationsdebatte. Wir sprechen mit unseren Angeboten den ganzen Menschen an, und nicht nur Teile von ihm, an ihm, in ihm!

Entsprechend unserer positiven Erfahrungen mit Sommer- und Wintercamps wollen wir einen besonderen bundesweiten Impuls setzen durch ein regelmäßig wiederkehrendes Aktionswochenende „Natursport aus einer Hand!“, bei dem auf allen Ebenen unseres Verbandes Menschen eingeladen werden mit uns Natursport zu betreiben.

Aus diesen Überlegungen heraus bekennen sich die NaturFreunde Deutschlands zur nachhaltigen Natursportausübung als wichtigem Verbandszweck. Die Darstellung dieses Ziels innerhalb und außerhalb des Verbandes muss wichtiger Bestandteil der Fachgruppen- und Verbandsarbeit sein.



D Beiträge

Festsetzung der Beiträge

Die Höhe des an die Bundesgruppe (inklusive NFI) abzuführenden Beitragsanteils für Mitglieder (natürliche Personen) beträgt ab 01.01.2018 für den E-Beitrag € 23,-.

Entsprechend ergibt sich aufgrund der 2005 beschlossenen Beitragsstruktur für die Beitragskategorie F ein an die Bundesgruppe abzuführender Anteil

in Höhe von € 34,50 (E mal 1,5) und für die Beitragskategorie K/J ein an die Bundesgruppe abzuführender Anteil in Höhe von € 11,50 (E mal 0,5).
Zugleich werden die Landesverbände aufgefordert, die Beitragsstruktur ohne Abweichungen umzusetzen.



Heraufsetzung der Altersgrenze für Studierende und Auszubildende

Der Bundeskongress beschließt die Heraufsetzung der Altersgrenze für Studierende und Auszubildende auf 27 Jahre ab 2015 im Rahmen der Familienmitgliedschaft.



E Weitere Anträge

Gender Gap

Die NaturFreunde Deutschlands empfehlen für alle Publikationen und für die inner- sowie überverbandliche Kommunikation im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache und in Solidarität mit trans-, intergeschlechtlichen und queer lebenden Menschen zukünftig den Gender Gap, der durch Sternchen

oder Unterstrich dargestellt wird, zu verwenden. Die Landesverbände bemühen sich aktiv sowohl auf Landes- als auch Ortsgruppenebene die Verwendung des Gender Gap zu etablieren und verwenden ihn in ihren Publikationen und in ihrer Kommunikation.



